



Programmparteitag 2010

28. und 29. August

in Wolfenbüttel

Anträge

Allgemeines

Abschlussarbeiten

X01

Der Parteitag möge beschließen, dass der Landesvorstand unmittelbar nach dem Parteitag selbst oder durch die von ihm beauftragte Person(en) die beschlossenen programmatischen Anträge

- diese Anträge in ein Medium eingearbeitet werden, das verteilt werden kann und
- für dessen Veröffentlichung und Verteilung sorgt.

- thematisch sinnvoll ordnet,
- Rechtschreibung und Orthografie gemäß aktuellem Duden korrigiert,

Eine inhaltliche Änderung der Anträge darf nicht vorgenommen werden. Als Dauer, bis zur endgültigen Veröffentlichung, soll eine Zeit von vier Wochen nicht überschritten werden.

Begründung

Damit auf dem Parteitag nicht über (nicht inhaltlicher Art), Reihenfolgen Rechtschreibung, Layout und Veröffentlichung der verabschiedeten Punkte diskutiert werden muss, soll dieser Antrag helfen dies zu delegieren. Zeitnah sollten alle Korrekturen

(nicht inhaltlicher Art), Reihenfolgen und Fragen der Präsentation beendet werden. So kann dieses Programm bereits sehr früh unter die Bürger und Bürgerinnen gebracht werden, sei es in digitaler Form oder als z.B. Flyer.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

Bildung & Forschung



CC by UniBrennt

Bildung und Forschung

Freiheit des Datenflusses, Schutz der Persönlichkeit.

Die Piratenpartei setzt sich für den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte von Schülerinnen und Schülern ein.

Begründung

Gemeinsamer Unterricht von Schülerinnen und Schülern bis zu einer möglichst hohen Klassenstufe garantiert allen einen uneingeschränkten Zugang zum Unterrichtsstoff.

Das hierarchisch mehrgliedrige System führt bei den "unten" eingestufteten Schülerinnen und Schülern dazu, dass sie von anspruchsvollen Unterrichtsinhalten und Arbeitsformen ausgeschlossen werden. Es ist erwiesen, dass auch die Schüler, die ein gewisses Leistungsniveau nicht erreichen können, trotzdem hinsichtlich ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten profitieren. Genau das ist die Erfahrung in den Gesamtschulen.

Der freie Zugang zu Informationen ist ein zentrales Thema der Piratenpartei. Dieser ist nur in einem integrierten Schulsystem möglich.

Viele Schüler werden dadurch ge-

kränkt, dass man ihre Noten aus Tests und Klassenarbeiten öffentlich bekannt gibt. Von der Grundschule an ist die Bewertung (nicht unbedingt nur an der Notengebung festzumachen) ein Spießrutenlaufen vor der Lerngruppe.

Kränkungen entstehen auch im mündlichen Unterricht und im Schulsport.

Natürlich verhärten sich die Betroffenen mit der Zeit und zeigen dann psychische oder Verhaltensstörungen, wenn die "Dauer-Verlierer" dann noch in einem gemeinsamen Schultyp unterrichtet werden, verfestigen sich schul- und lernferne Einstellungen. Die fehlende Berufsausbildungsreife von Schülerinnen und Schülern ist nicht nur ein Ergebnis ihres zum teil bildungsfernen Hintergrundes, sondern auch das Zur-Schau-Stellen ihrer unzureichenden Leistungen.

W21

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Bildung und Forschung

Gleiche Bildungschancen ohne ideologische Hintergründe

W04

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass jedes Kind ein Recht auf eine von Ideologien unabhängige, freie und offene Bildung bekommt. Daher ist sowohl das sogenannte Home-Teaching als auch die

Errichtung immer neuerer, privat getragener Bildungseinrichtungen mit besonderen Anforderungen und Bestimmungen zu begleiten und auch ggf. zu untersagen.

Begründung

Neue Bildungseinrichtungen mit neuen Konzepten werden überwiegend von Gruppierungen gefordert, die eine gewisse, eigenständige Weltanschauung vertreten und diese über die Bildungseinrichtungen bei den beschulten Kindern etablieren wollen.

Dies kann offen und transparent erfolgen oder aber auch sehr subtil. Dieses Verhalten ist abzulehnen. Jedes Kind hat ein Recht auf eine von Ideologien unabhängige, freie und offene Bildung.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Bildung und Forschung

G13

Freie Bildung

Die Piratenpartei Deutschland Landesverband Niedersachsen tritt für ein freies und demokratisches Bildungswesen ein.

Das bedeutet, dass jeder Mensch ungehinderten Zugang zu Bildungseinrichtungen haben muss, ungeachtet seiner wirtschaftlichen Lage oder gesellschaftlichen Herkunft.

Begründung

Bildung gehört zur Existenzsicherung und gesellschaftlichen Daseinsfürsorge und ist daher eine gesellschaftliche Aufgabe.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Bildung und Forschung

W01

Schulfach "Informations- und Medienkunde"

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass ein Schulfach, das Informations- und Medienkunde zum Thema hat in das Kerncurriculum aufgenommen wird.

Begründung

In Niedersachsen gibt es zwar diverse interessante Initiativen zur Förderung der Medienkompetenz, von einem Kooperationsprojekt "Datenschutz in Schulen" mit dem LandesDSB, Qualifizierungsprogramme für Lehrkräfte, Projekt "Medienkompetenz an der Grundschule" (im Ausschreibungsverfahren für ausgewählte Grundschulen), bis zu einem Schulmedientag (im Herbst 2010), der sich mit Infoständen, Workshops, Vorträgen des Themas annehmen will.

Inzwischen hat es das Fach "Wirtschaft" in das Kerncurriculum geschafft. Es gibt aber keinen festen Platz für Informations- und Medienkunde im vorgeschriebenen Curriculum. Es ist auch nicht Teil des Informatikunterrichts.

Die Aktivitäten hängen also an der persönlichen Initiative der Lehrkräfte, sind dadurch punktuell oder zumindest unregelmäßig. Es gibt anscheinend kein abgerundetes Gesamtkonzept, an dem sich Schulen

und Lehrer orientieren können und sollen.

Hier sollten wir fordern, die guten Ansätze weiterzuentwickeln und die Informations- und Medienkunde zu einem Schulfach mit Lehrplan auszubauen.

Dies ist eine Forderung für das Wahlprogramm. Die konkrete Ausgestaltung soll in Zusammenarbeit mit den Fachmenschen der Landesregierung vorgenommen werden, die auch bisher die guten Ansätze entwickelt haben, die es jetzt zügig auszubauen gilt. Ansonsten: Ja, es soll ein eigenes Schulfach sein. Die Lehrkräfte werden dazu bereits weiter qualifiziert, siehe erster Absatz. Das muss aber intensiviert werden. Gleichzeitig muss auch die Ausbildung der Lehrer an den Universitäten entsprechend erweitert werden, usw. Haushaltsmittel müssen zur Verfügung gestellt werden. Es ist insgesamt halt eine politische Forderung.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Bildung und Forschung

W02

Freie Bildungseinrichtungen regional begleiten

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt für die Schaffung eines regionalen (dezentralen) Aufsichtsgremiums

zur Begleitung von freien Bildungsinitiativen ein.

Begründung

Freie Bildungsinitiativen sollen ideologiefrei allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen offen zugänglich sein. Um diese Anforderungen sicherzustellen, möge die Piratenpartei dafür eintreten, ein regionales (dezentrales) Aufsichtsgremium zu schaffen. Dieses Gremium soll durch Vertreter der Bildungsinitiativen, kommunalen Einrichtungen, Lehrer/Dozenten, Eltern und Schüler/Studierenden besetzt werden. (Modalitäten der Besetzung,

Größe und Ergänzung wird andernorts geregelt.)

Aufgabe dieses Gremiums ist, die Bildungseinrichtungen, ob kommunal getragen oder durch freie Initiativen, zu begleiten. Es ist nicht die Aufgabe Lehrpläne zu beschließen oder Vorschriften zu machen. Es sorgt dafür, die Wahrung der Grundrechte zu sichern und wo nötig zu unterstützen oder für Unterstützung zu sorgen.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Bildung und Forschung

Freie Bildung ermöglichen

Die Piratenpartei Niedersachsen möge sich dafür einsetzen, das neue Kriterien für die Genehmigung von Schulen oder Bildungseinrichtungen

entwickelt werden, die dem Wunsch nach innovativen Einrichtungen folgen.

Begründung

Es war eine wichtige Errungenschaft, dass die schulische Bildung aus den Händen der Kirche in die Hände des Staates übergegangen ist. Damit war die Demokratisierung der Bildung sichergestellt.

Jetzt ist aber der Staat derjenige, der steuert, wer (mit Steuermitteln unterstützte) Schule oder Bildungsinitiative betreiben kann. Das führt dazu, dass Initiativen die Geld haben und sich an die staatlichen Rahmenbedin-

gungen halten, mit einer Genehmigung rechnen können. Initiativen, die eine alternative Methodik oder einen Rahmenlehrplan haben, haben kaum eine Chance auf Genehmigung. Piraten sollten sich dafür einsetzen, dass diese Hürde fällt und neue Kriterien für die Genehmigung von Schulen oder Bildungseinrichtungen entwickelt werden, die dem Wunsch nach innovativen Einrichtungen folgen.

W03

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Bildung und Forschung

Einführung eines Schüler PCs

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass jede(r) Schüler(in) die Möglichkeit erhält, zu Hause und in der Schule ins Internet zu gehen.

Hinweise

Jeder Schüler (ab der Grundschule) soll die Möglichkeit erhalten ins Internet zu gehen. Aus diesem Grund erfolgt entweder ein einmaliger Geldzuschuss oder die Bereitstellung eines Leihgeräts seitens der Schule, wenn sich die Eltern keinen PC leisten können.

Finanzierung:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 20%, Verteilung an die Schulen / Kommunen.



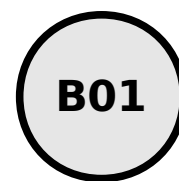
- | | |
|-----------------------|---------------------|
| ☐ | Zustimmung |
| ☐ | Enthaltung |
| ☐ | Ablehnung |
| ☐ | Diskussion |
| ☐ | keine
Diskussion |

Inneres & Transparenz



CC by AMagill

Inneres und Transparenz



Zwangsdienste abschaffen

Die Wehrpflicht und damit auch der Wehrrersatzdienst sollen ohne Ersatz abgeschafft werden. Artikel 12a des Grundgesetzes soll dazu gestrichen werden. Der Wehrdienst und die Wehrrersatzdienste sollen weiterhin auf freiwilliger Basis möglich sein und dabei keine regulären Arbeitsplätze ersetzen.

Übergangsphase

Der wegfallende Wehrrersatzdienst hinterlässt zunächst eine Lücke in einigen Bereichen. Diese sollen durch zeitlich begrenzte, staatliche Zuschüsse abgemildert werden um die dortigen Dienststellen in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln.

Begründung

Es ist heutzutage für mich nicht mehr nachzuvollziehen, wieso der Staat einen Teil der Bevölkerung zu einem Zwangsdienst verpflichten darf. Das die dabei verrichtete Arbeit notwendig ist, soll nicht bestritten werden, sie soll aber auf Freiwilligkeit beruhen und regulär bezahlt werden.

Politisch gewünschte Einrichtungen die ohne Wehrrersatzdienst nicht finanzierbar sind, müssen staatlich bezuschusst, umstrukturiert (wenn sinnvoll) oder durch individuelle Maßnahmen erhalten werden.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz



Zivildienstpflicht

Die bisherige Wehrpflicht für Männer wird in eine geschlechtsneutrale Zivildienstpflicht für Männer und Frauen umgewandelt. Optional kann

statt dem Zivildienst Wehrdienst abgeleistet werden.

Begründung

Durch die Einführung einer Zivildienstpflicht, könnten mehrere wichtige Probleme gelöst werden.

- Die sozialen Aufgaben könnten günstig erledigt werden.
- Die Wehrgerechtigkeit könnte hergestellt werden, ohne eine Berufsarmee gründen zu müssen.
- Die Bundeswehr bliebe im Volke verankert.
- Bundeswehrdienstleistende würden es freiwillig tun, und würden von der Zivildienstpflicht befreit.
- Der Zivildienst könnte geschlechtsneutral zur Pflicht erklärt werden.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

Versammlungsfreiheit 2

Die Piratenpartei regt an, eine parteiübergreifende Initiative zu starten, den Abs. 2 des § 8 GG (Einschränkungen der Versammlungsfreiheit unter freiem Himmel sind per Gesetz einschränkbar) abzuschaffen.

B03

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz



Versammlungsfreiheit 1

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit zurückgenommen werden und auf alle in Deutschland lebende Personen ausgedehnt wird

Begründung

Nach § 8 GG ist es jeden Deutschen erlaubt sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Es ist nicht zu verstehen, warum die friedliche Versammlungsmöglichkeit nicht auch für alle anderen in Deutschland lebenden gelten sollte.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

B05

Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption und weitere Maßnahmen

Die Piratenpartei unterstützt die UN-Konvention gegen Korruption (2003 unterzeichnet aber immer noch nicht vollständig in deutsches Recht umgesetzt) und fordert dessen Ratifizierung.

Weiterhin regt die **Piratenpartei** an, folgende Maßnahmen zu beschließen:

Gleiche Veröffentlichungspflichten für das Sponsoring von Parteien, wie für Parteispenden.

Parteispenden und Sponsoring auf maximal 50.000€ pro Jahr begrenzen - pro (juristische) Person.

Spenden ab ab 2.000 € in dem detaillierten Rechenschaftsbericht der Parteien auflisten

Die Spendendaten müssen für alle Bürger leichter zugänglich online präsentiert werden

Umfassende Transparenz aller Formen von Parteisponsoring und der Unternehmensbeteiligungen der Parteien.

Verbot von "Ministeriums Sponsoring" (viele Ministerien kriegen regelmäßig Veranstaltungen finanziert, sind finanziell abhängig von der Industrie)

Karenzzeit für Wechsel von Ministern in Lobbytätigkeiten für die Dauer des gezahlten "Übergangsgeldes"

Kontrolle über die Einhaltung des Parteigesetzes von einem **unabhängigen** Gremium.

Genauere Auflistung der Nebeneinkünfte von Politikern

Begründung

Wir sollten uns stärker gegen Lobbyismus und andere legalisierte Formen der Korruption wenden. Es gibt mindestens 3 wichtige Gründe:

- Das Thema ist eines unserer Grundthemen. Meiner Meinung nach aber stark vernachlässigt. Hier können wir leicht einen Konsens finden.
- Popularität: Das Thema spricht auch nicht-IT Bürger an.

Lobbyismus ist ein allgemein anerkanntes Problem.

- Finanziell: Der Staat verliert durch Fehlentscheidungen begründet in Lobbyismus und Korruption sehr viel Geld. Einige Schätzungen gehen von Verlusten in Milliardenhöhe aus. Da lassen sich schon mal ein paar Haushaltslöcher mit stopfen. (unser erster Schritt in die Finanzpolitik)

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

G02

Trennung von Staat und Kirche - allgemeine Form

Die Piratenpartei Niedersachsen möge in das Grundsatzprogramm aufnehmen, eine grundsätzliche Trennung von Staat und Religion vorzunehmen.

Begründung

Der Staat muss allen Religionen und Religionsgemeinschaften gegenüber neutral sein. Keine Religionsgemeinschaft darf anderen Religionsgemeinschaften gegenüber bevorzugt werden. Staatlichen Mittel dürfen nicht genutzt werden um eine Religion oder eine Religionsgemeinschaft direkt oder indirekt zu fördern. Der Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Zugehörigkeit oder nicht-Zugehörigkeit zu einer Religion soll gewährleistet sein.

Der Alternativvorschlag enthält verschiedene konkrete Forderungen, die teilweise auf unterschiedliche Ebene der Gesetzgebung eine Rolle spielen und teilweise nicht auf Landesebene umsetzbar sind. Daher schlage ich diese allgemeine Fassung vor, aus der sich die meisten Forderungen ableiten lassen. Die genauen Details der derzeitigen Verflechtungen und die möglichen Wege um sie abzuschaffen sind teilweise sehr komplex und sollten jeweils in getrennten Initiativen behandelt werden.

Fußnote

Im Antragstext habe ich die meiner Meinung nach einzig sinnvolle Ausnahme zu letzten Satz (Schutz vor Diskriminierung) ausgelassen: Prediger und ähnliche Berufe - die das Vermitteln einer Religion zum Zweck haben - sollten davon wohl ausgenommen sein. Aber einen allgemeinen Grundsatz gleich mit einer Ausnahme zu versehen finde ich irgendwie doof.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

G14

CCC-Sitz bei NLM und Rundfunkrat

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, dem Chaos Computer Club einen Sitz sowohl in der Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt als auch im

NDR-Rundfunkrat einzuräumen, um die Internetnutzer zu vertreten, die bisher als gesellschaftlich relevante Gruppe vernachlässigt werden.

Begründung

Die Versammlung der NLM "besteht aus 26 Mitgliedern, die von den im Landtag vertretenen Parteien sowie gesellschaftlich relevanten Gruppen entsandt werden (§ 40 NMedienG)." (<http://www.nlm.de/20.html>).

Zu den "gesellschaftlich relevanten Gruppen"

(<http://www.schure.de/2262019/nmedieng3.htm#p40>) zählen u.a. das Land-

volk, die Handwerksverbände und der Deutsche Lehrerverband - Nutzer der neuen Medien allerdings scheinen per se nicht gesellschaftlich relevant zu sein, allen Statistiken über die Zunahme der Internetnutzung zum Trotz.

Der Rundfunkrat des NDR ist ähnlich zusammengesetzt

(<http://www.ndr.de/unternehmen/organisation/rundfunkrat/mitglieder/index.html>),

gilt aber neben Niedersachsen auch für Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen und beruht auf dem NDR--Staatsvertrag

(<http://www.ndr.de/unternehmen/organisation/staatsvertrag100.pdf>). Mit seinen 58 Mitgliedern soll der Rundfunkrat u.a. „die Interessen der Allgemeinheit auf dem Gebiet des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vertreten. Dabei berücksichtigt er die Vielfalt der Meinungen der Bürger und Bürgerinnen“ (aus § 18 des Staatsvertrages). Zu den entsendenden Institutio-

nen zählen z.B. der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V. Aus Niedersachsen, Robin Wood e. V. Aus Hamburg sowie der Deutsche Kinderschutzbund e. V. Aus Schleswig-Holstein - eine Vertretung der Internetnutzer gehört aus keinem Bundesland dazu.

Angesichts der diesjährigen Entscheidungen zum Internetangebot der Öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (Dreistufentests usw.) sollten dringend Vertreter der Internetnutzer Mitglieder dieser Gremien werden, denn auch weiterhin ist mit rechtlichen Entscheidungen zu rechnen, die von Anfang an fachlich kompetent die Interessen der Internetnutzer begleiten müssen.

Die Piraten in Nordrhein-Westfalen setzen sich dafür ein, dem CCC Plätze in den Rundfunkräten einzuräumen (<http://wiki.piratenpartei.de/NRW>):

"Rundfunkräte: Parteien raus, CCC rein"

Die Piratenpartei fordert Sitz für Chaos Computer Club in den TV-Aufsichtsgremien Die Netzbürgerschaft muss Plätze in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkräten b

Gegenzug sollen die Parteien daraus verschwinden. Dafür setzt sich die Piratenpartei NRW ein. »TV und Inter-

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

net verschmelzen mehr und mehr. Trotzdem betrachten einige Parteien und Internet-Analphabeten unter den etablierten Politikern die Sendeanstalten immer noch als ihr Eigentum«, bemängelt Christian Horchert, Listenkandidat der Piraten für die NRW-Wahl am Sonntag, 9. Mai. »Wir wollen eine faire Vertretung der Netzgemeinde bei ARD und ZDF.«

Nach Meinung der Piratenpartei würden die Interessen der Web-Citizens am besten durch den Chaos Computer Club (CCC) vertreten. Der CCC ist bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Sollten die PIRATEN am Sonntag in den Landtag einziehen, werden sie sich für eine entsprechende Änderung des Rundfunkstaatsvertrages einsetzen.

Rundfunkräte bei der ARD-im ZDF heißt dieses Gremium Fernsehrat sind dazu da, beim TV-Programm auf Vielfalt und die Einhaltung der Programmgrundsätze zu achten. Bislang sitzen viele »verdiente« alte Männer und Frauen von Organisationen der »alten« Bundesrepublik in den Räten: Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Sportverbände, der Landfrauenbund, der Vertriebenenverband und einige andere.

»Wie schädlich der Einfluss der Parteien auf die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ist, hat die skandalöse Entlassung des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender gezeigt. Sie behindern die Meinungs- und Rundfunkfreiheit«, so Christian Horchert, der auch Mitglied im CCC ist.»Mit dem CCC könnte sich auch endlich ein wirklich kompetenter Akteur an der derzeit unsinnigen Diskussion um den neuen Jugendmedienschutz-

Staatsvertrag beteiligen.«

Der Piratenpartei als Bürgerrechtspartei und Vertreterin des freien Zugangs zu Medien und Wissen ist dieses Thema sogar so wichtig, dass sie die Forderung nach Rundfunkratssitzen für den CCC in ihr Wahlprogramm geschrieben hat.

Quellen:

[1] Piraten-Wahlprogramm, Bereich Rundfunkräte:<http://www.piratenpartei-nrw.de/portal/wahlprogramm-landtagswahl-nrw/medienpolitik.htm#2>

[2] Campact zu Brender-Entlassung:<http://www.medienhandbuch.de/news/entlassung-von-brender-eine-fatale-botschaft-an-journalisten-31986.html>

[3]]Wikipedia-Artikel Rundfunkrat:<http://de.wikipedia.org/wiki/Rundfunkrat>

Die Leitstelle 511, das ist der Erfahrungsaustauschkreis des CCC in Hannover, hat seine Bereitschaft signalisiert, einen solchen Vertretungsauftrag zumindest bei der NLM wahrzunehmen. Für die Einrichtung eines Sitzes in der Versammlung der NLM muss § 40 des Niedersächsischen Mediengesetzes geändert werden, was voraussichtlich nicht in kurzer Zeit umzusetzen ist; ebenso lässt sich der NDR-Staatsvertrag nicht von heute auf morgen ändern, zumal erst eine Einigung in allen beteiligten Bundesländern herbeizuführen wäre. Darum ist dieser Antrag für das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Niedersachsen bestimmt. Die Entfernung der Sitze für Parteien erscheint mir nicht erforderlich und müsste ggf. gesondert beantragt werden.

G14

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

Flüssige Demokratie

Wir fördern die Einführung von flüssiger Demokratie in der eigenen Partei und in der niedersächsischen Politik.

Begründung

Aus dem Wiki des Liquid Democracy e.V. http://wiki.liqd.net/Liquid_Democracy

Der Begriff "Liquid Democracy", LD (deutsch: Flüssige Demokratie) steht für eine neue Form der Demokratie, in der verschiedene "starre" Begrenzungen "ver-flüssigt" werden.

1. Zeitliche Begrenzung: Wählen nur einmalig alle 4 Jahre

LD ermöglicht:

- * Abstimmung Open-End (permanent, ohne Ende)
- * Abstimmung mit Deadline (permanent bis zum Stichtag)
- * Abstimmung mit Quorum (permanent bis zum Erreichen einer bestimmten Zustimmung)
- * klassische Abstimmung (einmalig alle vier Jahre (Nutzen unklar))

2. Inhaltliche Begrenzung: Auswahl nur zwischen wenigen "Komplettpaketen" (Parteien)

Mit LD können User nach Belieben

über einzelne Gesetze selbst abstimmen (direkte Demokratie) und in Bezug auf andere Gesetze (oder Bündel von Gesetzen) ihre Stimme an jemand anderen delegieren (repräsentative Demokratie).

Beispiel: X erhält meine Stimme für alle Abstimmungen im Bereich Ökologie, Y für alle Abstimmungen im Bereich Steuern und das Bündnis "Greenpeace" erhält meine Stimme für alle Abstimmungen, die für das Bündnis-Ziel wichtig sind.

3. Partizipatorische Begrenzung: Ausarbeitung von Gesetzen nur für Politiker-Kaste

Mit LD kann jede Wählerin auch an jedem Gesetzestext u.ä. mitarbeiten. Es ist gemeinschaftliches Schreiben (nach dem Wikipedia-Prinzip) kombiniert mit Stimmengewichtung. Jede Wählerin kann also gute Ideen einbringen und um Stimmen für diese werben.

G42

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

W05a

Versammlungsrecht

Die Piraten Niedersachsen sehen sich daher in der Pflicht die Initiative zu ergreifen, dass bestehende Versammlungsrecht aufrecht zu erhalten, ein

für alle Seiten anwendbares und für die Zukunft rechtssicheres Gesetz auf den Weg zu bringen.

Begründung

Das Recht auf offene Diskussion und öffentliche Meinungsäußerung ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen und freien Demokratie. So bietet das Versammlungsrecht grundsätzlich jedem die Möglichkeit, seine Meinung, für oder gegen etwas, friedlich und im Rahmen des Grundgesetzes zu äußern. Dieses Recht wird auch in Demonstrationen ausgeübt.

Die niedersächsische Landesregierung ist mit ihrem Gesetzesvorhaben, ein modernes Versammlungsgesetz zu schaffen, gescheitert. Vielmehr soll es, ähnlich wie in Bayern oder Baden-Württemberg, zu einem verfassungswidrigen Versammlungs-Verhinderungs-Gesetz kommen, in dem noch dazu unnötige Bürokratie aufgebaut wird.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

Rechtsprechung, Auflagen und Verständlichkeit

In unserem Versammlungsgesetz sollen die in den letzten Jahrzehnten durch Gerichte aufgegebenen Anforderungen, mit eingearbeitet werden.

Es gibt hier eine Vielzahl von richterlichen Entscheidungen, die bisher nicht in das aktuelle niedersächsische Gesetz eingeflossen sind.

Begründung

Die Piraten Niedersachsen wollen insbesondere auch die Kommunikation zwischen den Versammlungsleitern, den Teilnehmern und den Behörden

erleichtern und fördern. Hierzu zählt auch, dass mögliche Auflagen frühzeitig übersandt werden.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

Versammlungskodex

Die Piratenpartei Niedersachsens fordert einen verbindlichen für jede Gemeinde Versammlungskodex / Auflagenkatalog für öffentliche Versammlungen.

Begründung

Eindeutige Auflagenkataloge für jede Gemeinde verhindern mögliche Willkür der Behörden gegenüber Anmeldern in Zukunft. Diese Kataloge sollen als grundlegender Standard für alle Versammlungen gelten. Darüber hinausgehende Auflagen, die sich durch Sonderfälle durchaus ergeben können, müssen konkretisiert und begründet erläutert werden.

Auflagen in "Behördendeutsch" oder

mit endlosen Verweisen auf Gesetzestexte und Richtersprüche sollen vermieden werden. Es muss für jeden Bürger und jede Bürgerin ohne juristisches Studium möglich sein, die Auflagen und die Gründe der Erteilung sofort zu verstehen. Bei Problemen mit nicht eindeutigen und nicht nachzuvollziehenden Auflagen, soll es die Pflicht geben, dass von den Behörden hier ausführlichst Hilfestellung gegeben wird.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

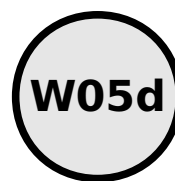
Förderung von Versammlungen

Jeder, der eine Versammlung nach den Regeln unseres Grundgesetzes, durchführt, muss auch das Recht haben, seine Meinung entsprechend zu äußern.

Begründung

Neue Entwicklungen von Versammlungen müssen in Zukunft mit berücksichtigt werden. Die in den letzten Jahren immer öfter stattfindenden Flashmobs, Versammlungen ohne einen Leiter, werden zur Zeit vom Bundesversammlungsrecht gar nicht erfasst, geschweige denn ermöglicht. Auch die friedliche Gegendemonstration von Demonstrationen

muss umfänglicher berücksichtigt werden. Das Blockieren von Demonstrationen lehnen wir ab. Und sei sie noch so unpopulär. Hier ist es im Vorfeld, und insbesondere während der Versammlung, unerlässlich, genau auf die getätigten Äußerungen und Transparente der Teilnehmer zu achten.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

W05e

Versamlungsverbote

Das neue Versammlungsgesetz muss die Grenzen einer Versammlung klar definieren, damit kein Bewilligungsspielraum für die Genehmigungs-

behörden besteht, die zu juristischen Auseinandersetzungen führen könnten.

Begründung

In den letzten Jahren gab es vermehrt Versammlungen, die nicht genehmigt wurden. Dies waren insbesondere Demonstrationen von rechten wie linken Gruppierungen. In vielen Entscheidungen mussten sich die Gerichte mit diesen Verboten auseinander setzen. In einigen Fällen wurden Versammlungen aus der Angst heraus genehmigt, dass diese vor der richterlichen Rechtsprechung scheitern könnten, und für mehr Zulauf zu den extremistischen Kundgebungen gesorgt hätten.

Hier sagen die Piraten Niedersachsen ganz klar, dass ein neues Versammlungsrecht dies nicht gänzlich verhindern, aber die Grenzen klarer definie-

ren fassen kann. Wir wollen hier Klarheit schaffen, und den Verfassungsfeindlichen Gruppierungen gar nicht erst die Möglichkeit geben, sich zu präsentieren. Wer sich nicht an die Regeln des Grundgesetzes hält, halt auch kein Recht sich darauf zu berufen.

Für alle anderen soll es hingegen leichter, einfacher und vor allem unbürokratischer werden, eine Versammlung abzuhalten. Hierzu ist es nicht notwendig die Leiter, Ordner und Teilnehmer einer Art von "Reifeprüfung" zu unterziehen, ob sie Fähig sind, an einer Versammlung teilzunehmen.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

Identifikationsnummer für Polizisten

Die Piraten Niedersachsens fordern, dass jeder Polizist im Einsatz eine eindeutige und leicht lesbare Identifikationsnummer trägt.

Begründung

Die Piraten Niedersachsen erkennen an, dass die tägliche Polizeiarbeit, ohne die Möglichkeit der Anwendung von Zwangsmitteln in vielen Situationen, unmöglich wäre. Auch angemessene körperliche Gewalt kann ein grundsätzlich legitimes und erforderliches Zwangsmittel darstellen.

Jedoch hat gerade die Polizei als Träger des staatlichen Gewaltmonopols eine besondere Verantwortung, der sie leider nicht immer gerecht wird. Immer wieder kommt es zu rechtswidrigen Übergriffen einzelner Polizisten auf Bürger und Bürgerinnen, insbesondere auf Versammlungen.

Häufig hat der Betroffene dabei nicht die Möglichkeit, den Namen des Beamten zu erfahren, da dieser ihn, trotz einer bestehenden Pflicht, nicht

preisgibt. Der Bürger und die Bürgerin haben in diesem Moment keine Möglichkeit, den Polizisten zur Preisgabe zu zwingen. Zeugen haben keine Möglichkeit die einzelnen Beamten zu unterscheiden und auch Gerichte haben Probleme bei der Identifizierung.

Aus diesem Grund werden sich die Piraten Niedersachsen für die Einführung einer jederzeit deutlich erkennbaren, individuellen Identifikationsnummer für jeden bei Versammlungen im Einsatz befindlichen Polizeibeamten einsetzen. Diese soll für jeden dieser Einsätze neu vergeben werden, so dass die Anonymität eines jeden Beamten weiterhin gewährleistet ist. Eine Aufschlüsselung wird nur für Ermittlungsbehörden nötig und möglich sein.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

Videoüberwachung

Die Piratenpartei Niedersachsens lehnt die dauerhaft gespeicherten Aufzeichnungen mittels Videokameras während Versammlungen ab.

Begründung

Zunehmend werden auf Versammlungen von Seiten der Ordnungskräfte Videoaufzeichnungen angefertigt. Hier fordern die Piraten Niedersachsen mehr Transparenz und Information der Behörden ein.

Wir wollen jedoch in erster Linie erreichen, dass Aufnahmen möglichst erst gar nicht angefertigt werden. Sollte es dennoch unumgänglich sein

das Aufzeichnungen erstellt werden, dann muss sichergestellt werden, dass diese unmittelbar, also sofort nach Ende der Versammlung, unwiderruflich gelöscht werden. Hiervon eingeschlossen sind auch Übersichtsaufnahmen oder -aufnahmen die zu Übungszwecken erstellt werden. Eine Überprüfung dieser Löschung muss von jedem Versammlungsleiter oder -leiterin nachvollziehbar erfolgen können.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

Kennzeichnung von Überwachungskameras und Sicherstellung der Einhaltung des Datenschutzes

W06a

Die Piratenpartei Niedersachsen lehnt die Videoüberwachung öffentlicher und privater Räume ab.

Begründung

Wo es die Überwachung bestimmter Orte gibt, muss der Schutz der Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Bürger gewahrt bleiben.

Laut den niedersächsischen Datenschutzbeauftragten sind über 98% der im öffentlichen Raum installierten Überwachungskameras nicht mit dem Datenschutzgesetz vereinbar. Die verantwortlichen Stellen haben sich

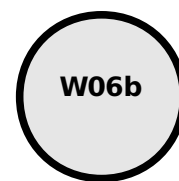
somit leichtfertig über bestehendes Recht hinweg gesetzt. Dieser Zustand muss abgestellt werden. Aber selbst bei nicht beanstandeten Installationen hat der Bürger ein begründetes Recht zu erfahren, wer hier was filmt und ob diese Daten wie lange gespeichert werden. Daher fordern wir hier die eindeutige Kennzeichnung der installierten Geräte mit einem Aufkleber oder ähnlichem.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

Kennzeichnung von Überwachungskameras und Sicherstellung der Einhaltung des Datenschutzes



Die Piratenpartei Niedersachsen fordert die Einhaltung der geltenden Datenschutzbestimmungen mit der Kennzeichnung aller zur Zeit installierten Überwachungskameras in öffentlichen und privaten,

öffentlich zugänglichen Räumen mit den folgenden Informationen Betreiber dieser Installation :

Begründung

Das bedeutet folgende Informationen: Kameras außer Betrieb zu nehmen.

- Name des zuständigen Datenschutzbeauftragten
- Kontaktadresse des Betreibers
- Konformitätserklärung
- Angaben zur Speicherung der erfassten Daten

Laut den niedersächsischen Datenschutzbeauftragten sind über 98% der im öffentlichen Raum installierten Überwachungskameras nicht mit dem Datenschutzgesetz vereinbar. Die verantwortlichen Stellen haben sich somit leichtfertig über bestehendes Recht hinweg gesetzt. Dieser Zustand muss abgestellt werden. Aber selbst bei nicht beanstandeten Installationen hat der Bürger ein begründetes Recht zu erfahren, wer hier was filmt und ob diese Daten wie lange gespeichert werden. Daher fordern wir hier die eindeutige Kennzeichnung der installierten Geräte mit einem Aufkleber oder ähnlichem.

Ferner sind alle o.a. Überwachungskameras umgehend so zu konfigurieren, das sie den datenschutzrechtlichen Anforderungen genügen. Sollte dieses nicht möglich sein, sind die

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

W07

Trennung von Staat und Kirche

Die Piratenpartei möge sich für einen weltanschaulich neutralen Staat und eine strikte Trennung von staatlichen und kirchlichen Angelegenheiten einsetzen.

Das bedeutet folgende konkrete Forderungen:

- Kündigung der Konkordate und Kirchenverträge
- kein Einzug der Kirchensteuer durch den Staat
- keine Staatsleistungen an Kirchen
- kulturelle und soziale Aktivitäten der Kirchen sind nach gleichen Grundsätzen zu fördern/subventionieren wie die aller anderen Gruppierungen
- keine Förderung/Subventionierung von Veranstaltungen missionarischen Charakters
- die traditionell theologischen

Fakultäten an staatlichen Universitäten sind in religionswissenschaftliche Fakultäten umzugestalten, da ihre Kirchen- und Glaubensbindung der Freiheit der Wissenschaft widerspricht

- kein Religionsunterricht nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften wenn Unterricht über die vielfältigen religiösen Überzeugungen (z.B. Ethikunterricht) angeboten wird, muss dieser allen Schülern und Schülerinnen offen stehen
- für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in kirchlichen Einrichtungen hat das allgemeine Arbeits- und Sozialrecht zu gelten
- keine Militärseelsorge in staatlicher Trägerschaft keine Bevorzugung von Religionsgemeinschaften in den öffentlich-rechtlichen Medien
- keine sakralen Symbole in öffentlichen Institutionen

Begründung

Eine bevorzugte Behandlung einzelner religiöser Gemeinschaften durch den Staat wird der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Vielfalt

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung
- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Deutschlands nicht gerecht und verstößt darüber hinaus gegen das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes (Art. 3 GG).

Dabei sollen jedoch keine gegenseitigen Feindbilder (welche nur die Reformkräfte innerhalb der Kirchen schwächen) aufgebaut, sondern der

Dialog gesucht werden. Um dies zu vereinfachen, sollte die Forderung nach einer Trennung von Staat und Kirche losgelöst bleiben von einer Auseinandersetzung über die Inhalte der Glaubenslehren selber.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

W08

Transparenz in der Kommunalpolitik

Die Piratenpartei Niedersachsens fordert größere Transparenz in der Kommunalpolitik durch den Einsatz von öffentlich leicht zugänglichen Medien und Open Source Software.

Begründung

Bisher müssen die Kommunalpolitiker nur die Tagesordnungen ihrer Sitzungen bekanntmachen, z.B. durch eine kleine Anzeige in der Lokalzeitung oder durch Aushang. Über die Ergebnisse der Sitzungen wird nach Gusto der Journalisten berichtet oder auch nicht.

Transparenz sieht anders aus. Die Tagesordnungen, Beschlussvorlagen, Protokolle etc. können heutzutage sehr leicht auf einer Webseite übersichtlich zugänglich gemacht werden. Hier wäre auch denkbar, dass ein Open Source Content Management System des Landes dies für die Gemeinden übernimmt, die dies nicht selbst leisten können.

Mit einer geeigneten Suchfunktion könnte man sich auch über vergleich-

bare Aktivitäten in anderen Gemeinden informieren und Synergien nutzen.

Die Piraten sind hier zwar nur bedingt ein gutes Beispiel (Transparenz ist da, aber jeder bastelt seine eigene Lösung), aber hier sollten wir dafür sorgen, dass den Kommunen wenigstens einheitliche Mindestanforderungen an Transparenz durch das Land vorgegeben werden.

Zweitens sollte der Haushaltsvorschlag ausführlich begründet und rechtzeitig vor Beschluss und der beschlossene Haushalt verpflichtend auf der Webseite der Gemeinde veröffentlicht werden müssen und ein Verfahren vorgesehen werden, dass Gemeindeglieder formalisiert Stellung nehmen können.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

W09

Open Access

Die Piratenpartei Niedersachsen möge sich für eine transparente Informationspolitik aller öffentlichen Stellen einsetzen.

Was sind öffentliche Informationen

Öffentliche Informationen sind alle Daten deren Erzeugung direkt oder indirekt durch öffentliche Gelder finanziert wurde. Beispiele sind wissenschaftliche Forschungsergebnisse, Lehrmaterialien, Software, Planungen, Protokolle, Mitteilungen, Rundfunksendungen et cetera.

Freie Verfügbarkeit

Alle öffentlichen Informationen müssen (mit unten genannten Einschränkungen) jedem Bürger zur freien Verfügung stehen. Die Verfügbarkeit darf nicht durch Antragsverfahren, restriktive Lizenzen, Gebühren oder technische Mittel erschwert werden.

Offene Formate

Alle Informationen müssen in offenen Formaten verarbeitet, gespeichert und zur Verfügung gestellt werden. Soweit möglich sollte freie Software verwendet werden, die von jedermann frei benutzt und verändert werden kann.

Einschränkungen

Es besteht die Möglichkeit, bestimmte Informationen vorübergehend oder

dauerhaft von der Veröffentlichung zu befreien. Dafür müssen jedoch schwerwiegende Gründe (z.B. der Schutz persönlicher Daten) vorliegen. Eine Begründung muss in jedem Einzelfall dargelegt werden und ist generell anfechtbar.

Wirtschaftlichkeit

Es ist durchaus möglich, dass durch die Veröffentlichungspflicht im Einzelfall Mehrkosten entstehen, weil bestimmte kommerzielle Anbieter gar nicht oder nur durch Zahlung erhöhter Lizenzgebühren beauftragt werden können. Langfristig gehen wir jedoch von einem erheblichen Einsparpotential aus, weil Daten beliebig wiederverwendet oder verändert werden können. Die Erzeugung von freien Texten, Bildern, Filmmaterialien oder Software kann im Bedarfsfall öffentlich ausgeschrieben werden.

Informationsfreiheitsgesetz

Das Informationsfreiheitsgesetz soll auf Bundesebene einen Rechtsanspruch zu amtlichen Informationen garantieren. In der Praxis wird der Zugang jedoch durch komplizierte Antragsverfahren, Kosten und eine große Zahl von Ausnahmeregelungen eingeschränkt. Der Schutz geistigen Eigentums wird beispielsweise über die Informationsfreiheit gestellt, so dass von kommerziellen Anbietern erzeugte Dokumente, Medien oder Quelltexte in der Regel nicht veröffentlicht werden. In Niedersachsen gibt es zur Zeit kein Informationsfreiheitsgesetz.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung
- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

W10

Kommunalverfassung aus einem Guss

Die Piratenpartei fordert, dass die Diskussion über das Kommunalverfassungsgesetz gemeinsam mit den angedachten regionalen Änderungen im Landkreis- und Regionszuschnitt zu führen. Das nun veröffentlichte Gutachten muss hinsichtlich der darin verwendeten Indikatoren überprüft werden und das Ergebnis dieses Ver-

fahrens und des Gutachtens muss in das Gesetz einfließen. Die Landesregierung soll zunächst genau sagen, welche Landkreise und kreisfreien Städte fusionieren will und welche Vorteile sie sich davon verspricht.

Begründung

Ein Politikfeld, in dem das Land ohne größere Einflussnahme externer Akteure handeln kann ist das Kommunalrecht. Es gibt einen Entwurf zu einem Neuen Kommunalen Verfassungsrecht, das bereits in der nächsten Kommunalwahlperiode in Kraft gesetzt sein soll (1). Das Gesetzeswerk ist wenig ambitioniert und bringt nur kleine Neuerungen. Letztlich werden nur vier jetzt geltende Gesetze (NGO, NLO, Region-Hannover-Gesetz, Göttingen-Gesetz) in ein längeres Gesetz überführt, ohne dass wesentliche Strukturen angetastet wehren. Gerade im kommunalen Bereich ist es aber wichtig, strukturelle Verbesserungen auf dem Weg zu bringen, damit die Verantwortlichkeiten für politische Entscheidungen klarer erkennbar sind (2). Dies gilt sowohl für die Zuständigkeit für die Leistungserbringung für Bürgerinnen und Bürger als auch für die verwobenen Strukturen des Finanzausgleichs, der sicher den wenigsten politisch Interessierten bekannt ist.

Erst danach soll die eigentlich wesentlichere Frage politisch entschieden werden: Nämlich, ob die Landkreise und kreisfreien Städte in dieser Form bestehen bleiben können oder mehre-

re Gebiete zusammen gelegt werden. Ein jetzt vorgestelltes Gutachten im Auftrage des Innenministeriums sieht erhebliche Defizite und nennt sehr konkret Verbesserungsmöglichkeiten (3). Hiervon sind vor allem Landkreise und Städte betroffen, die als wirtschaftlich und demografisch benachteiligt beschrieben werden dürfen (4). Aus dem Gutachten ergeben sich auch Ansatzpunkte für Regionsbildungsprozesse, die in dem vorliegenden Gesetzesentwurf unberücksichtigt bleiben.

Die Piratenpartei wünscht sich Veränderungen und möchte den Prozess der regionalen Neugliederung aktiv gestalten. Nichts ist so kontinuierlich wie die Veränderung. In dem Gesetzeswerk sind auch positive Aspekte umgesetzt, die Arbeit vor Ort verbessern helfen können. Die Betroffenen (Bürgerinnen und Bürger, Ehrenamtliche, Kommunalpolitiker), dürfen durch ständige Änderungen jedoch nicht überfordert werden. Es ist der falsche Weg, Gesetzesänderung nur danach auszurichten, ob Widerstände zu erwarten sind und diese entsprechend aufzuteilen. Die Annahme, dass die Rechtsmaterie nur deshalb einfacher wird, weil nun die Inhalte verschiedener Gesetze und

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Verordnungen in ein dann längeres Gesetz überführt wird, trägt. Es ist auch unwahrscheinlich, dass sich nur aus der Zusammenlegung einer kleinen kreisfreien Stadt mit einem strukturschwachen Landkreis eine

prosperierende Region entwickelt. Probleme sollten an der Wurzel angepackt werden, so dass der Eindruck vermittelt wird, ein Thema ist am Ende des Prozesses abgearbeitet.

W10

Quellen

(1) http://www.reformzeit.niedersachsen.de/live/live.php?&navigation_id=3879&article_id=11586&psmand=14

(2) Ein Beispiel: <http://www.piratenpartei-goettingen.de/2010/06/gottin-ger-piraten-fur-klare-verhaltnisse/>

(3) <http://www.mi.niedersachsen.de/download/49814>

(4) Kreise: Wittmund, Friesland, Wesermarsch, Cuxhaven, Osterholz, Oldenburg, Verden, Nienburg, Schaumburg, Hameln-Pyrmont, Holzminden, Northeim, Osterode, Goslar, Wolfenbüttel, Helmstedt, Peine, Uelzen und Lüchow-Dannenberg, Städte: Wilhelmshaven, Delmenhorst und Salzgitter, vgl. http://www.mi.niedersachsen.de/live/live.php?&article_id=87919&navigation_id=14797&psmand=33

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Inneres und Transparenz

Bürgerlobby

Wir setzen uns ein für die Einführung einer Bürgerlobby!

Das bedeutet:

- Regelmäßig werden per Zufall Bürger ausgewählt.

- Diese dürfen für einen Tag nach Berlin fahren und da in der Lobby des Parlaments die Politiker nerven. (oder ins Landesparlament)

- Die ausgelosten Bürger erhalten zwei Monate vorher eine Benachrichtigung.

- Die Benachrichtigung gilt für den Tag als Bahnfahrkarte.

- Das Recht, für den Tag Lobbyist zu sein, ist nicht übertragbar.

- Dem Bürger ist für den entsprechenden Tag freizugeben.

So soll der Einfluss der Interessenvertreter zurück gedrängt werden und Volkes Wille in die Parlamente getragen werden.

W11

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

W12

Datensparsamkeit: Weniger Arbeitnehmerdaten beim Arbeitgeber

Zur Verbesserung des Datenschutzes und gleichzeitiger Entlastung der Arbeitgeber um sollen Finanzämter die Berechnung des Nettolohns übernehmen.

Begründung

Die zur Steuerberechnung notwendigen Daten liegen derzeit sowohl bei Arbeitgeber als auch beim Finanzamt vor. Die Erhebung der Daten beim Arbeitgeber kann man im Sinne der Datensparsamkeit verzichten, wenn die Finanzämter einen elektronischen Dienst anbieten, mit dem der Arbeitgeber dem Finanzamt den Bruttolohn meldet (geschieht ohnehin bereits) und das Finanzamt daraufhin den Nettolohn zurückmeldet. Der Arbeitgeber zahlt den Nettolohn an den Arbeitnehmer aus und den Differenzbetrag an das Finanzamt. Dies verteilt das Geld nun entsprechend weiter an die Sozialkassen, Krankenversicherung und bei Bedarf die Kirchen.

Der Arbeitnehmer wird dabei durch eine jährlich neu vergebene und an das Finanzamt gebundene Nummer identifiziert (analog zur Lohnsteuerkarte).

Der Arbeitnehmer bekommt die Lohnabrechnung somit nicht mehr vom Arbeitgeber sondern direkt per Post oder verschlüsselter Email von Finanzamt.

Diese Regelung soll nur die Bereiche umfassen, die ohnehin dem Finanzamt vorab bekannt sein müssen. Alle weiteren müssen weiterhin vom Arbeitgeber oder über den Jahresausgleich behandelt werden.

Dadurch hat der Arbeitgeber keine automatische und notwendige Kenntnis mehr über die Krankenversicherung, das Familienverhältnis (Ehestand, Kinder, etc...), Religionszugehörigkeit und ähnliche Faktoren die bei der monatlichen Steuerabfuhr notwendig sind. Die dabei anfallenden Daten sind meines Wissen derzeit ohnehin dem Finanzamt bekannt so dass dieses keine neuen Informationen bekommt. Da der Arbeitgeber diese Informationen nicht mehr bekommt, braucht er sie auch nicht mehr verwalten.

Die jährlich wechselnde ID soll die permanente Steuer-ID ersetzen und damit in etwa vergleichbar zur Lohnsteuerkarte machen.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Inneres und Transparenz

W13

Abschaffung Residenzpflicht

Die Piratenpartei möge sich dafür einsetzen, dass die Residenzpflicht generell abgeschafft wird.

Begründung

Im Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) von 1992 ist festgeschrieben, dass Asylbewerber sich rund um die Uhr in dem Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde aufhalten müssen. Auch das kurzfristige Verlassen des Bezirks ist prinzipiell strafbar. Die Residenzpflicht ist eine deutsche Besonderheit, sie existiert in keinem anderen Land der Europäischen Union.

Besonders wenn man bedenkt, dass sich Asylverfahren oft über Jahre hinziehen, ist das eine unzumutbare und kaum einzuhaltende Einschränkung der persönlichen Freiheit. Unter Umständen ist es nicht möglich, Verwandte zu besuchen, günstige Einkaufsmöglichkeiten zu nutzen oder in eine günstiger Wohnung zu ziehen. Besonders Jugendliche die sich der strengen Regelungen nicht bewusst sind, laufen Gefahr, sich strafbar zu machen, wenn sie z.B. mit Freunden eine Diskothek im benachbarten Ort besuchen.

Die Residenzpflicht erschwert die Suche nach einem Arbeitsplatz und

die Möglichkeiten beruflicher Fortbildung. Damit wird es selbst bei geduldetem Aufenthalt (mit Arbeitsgenehmigung) sehr schwierig der Abhängigkeit von Staatlichen Transferleistungen zu entkommen.

Verstöße gegen die Residenzpflicht gehen in die Kriminalstatistiken ein und führen zu einer unnötigen Kriminalisierung von Asylbewerbern. Ironischer weise werden die Kriminalitätsstatistiken teilweise genutzt, um die Residenzpflicht als notwendige Maßnahme zu rechtfertigen.

Quellen zum Nachlesen:

- [Residenzpflicht auf Wikipedia](#)
- [§56 AsylVfg: Aufenthaltsbeschränkung](#)
- [§85 AsylVfg: Strafmaß](#)
- [Gesamtes AsylVfg als PDF](#)

- | | |
|-----------------------|------------------|
| ☐ | Zustimmung |
| ☐ | Enthaltung |
| ☐ | Ablehnung |
| ☐ | Diskussion |
| ☐ | keine Diskussion |

Inneres und Transparenz

W20

Antrag

Die Piratenpartei Niedersachsen tritt für eine Änderung des Wahlgesetzes ein, mit dem Ziel, dass eine Partei, die nicht über die geforderten 5% der Zweitstimmen verfügt (5%-Hürde,

Sperrklausel, §6 Abs.6 BwahlG), die erhaltenen Zweitstimmen innerhalb einer Woche nach der Wahl an eine Partei mit mehr als 5% der Zweitstimmen delegieren kann.

Begründung

Die aktuelle Regelung führt für viele Wähler/innen zum völligen Verlust ihrer politischen Aussage und Mitbestimmung. Parteien, welche weniger als 5% der Zweitstimmen (ZS) erhalten, haben in der folgenden Wahlperiode keinerlei Anteil an der politischen Gestaltung.

Nachteile der aktuellen Regelung:

Zu einem Teil wird die Wähler/innenmeinung durch taktische Stimmabgabe bereits bei der Wahl in der politischen Aussage verfälscht.

Zu einem anderen Teil, wird durch den ersatzlosen Verfall aller abgegebenen ZS für Parteien unter den nötigen 5% eine starke Verfälschung der Wählermeinung und unter Umständen auch eine der Wählermeinung widersprechende Regierung gebildet (siehe Rechenbeispiel). Die verfallenen Stimmen fehlen den politisch nahestehenden Parteien zur Regierungsbildung und so wird effektiv die verfallene ZS indirekt einer entgegengesetzten politischen Strömung angerechnet.

Vorteile der vorgeschlagenen Regelung:

Die vorgeschlagene Regelung erhält die häufig als undemokratisch, aber notwendig erlebte Sperrklausel (§6, Abs. 6 BwahlG). Die Grundlage für eine stabile Regierungsbildung bleibt erhalten, eine befürchtete Zersplitterung der Parteienlandschaft im Parlament wird weiterhin vermieden. Die Parteienvielfalt wird gestärkt.

Diese Lösung bietet den betroffenen Parteien die Möglichkeit einer Art der stillen Koalition mit einer Partei im Bundestag zum Zeitpunkt der Parlamentsbildung.

100% aller abgegebenen ZS können dadurch im Parlament auf Abgeordnete verteilt werden. Die Verteilung der ZS entspricht deutlich mehr der tatsächlichen Wählermeinung.

Ein stark vereinfachtes Rechenbeispiel:

Rechts	47,0%
Links	46,0%
APO-Links	4,9%

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung
- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Die Rechte Partei hat die Mehrheit der Abgeordneten und stellt die Regierung. Über 50% der ZS wurden für eine linke politische Strömung abgegeben. 4,9% der Wählermeinungen werden für die folgende Wahlperiode ignoriert.

Weiterführende

<http://www.wahlrecht.de/lexikon/sperrklausel.html>

<http://www.bpb.de/themen/0DXXRX>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Parteienzersplitterung>

http://www.gesetze-im-internet.de/bwahlg/_6.html

Links:

W20

Bei der Bundestagswahl 2009 sind 6,0% der Wähler/innenstimmen durch diesen Umgang verfallen.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Inneres und Transparenz

Einführung von E-Petitionen

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass der niedersächsische Landtag auch e-Petitionen anerkennt und, nach dem Vorbild des Systems der e-Petition des deutschen Bundestages, anbietet.

W22

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Familie & Soziales



CC by Trondheim Byarkiv

Familie und Soziales



Abschaffung von staatlichen Pensionen

Die staatlichen Pensionen sollen in sozialversicherungspflichtige Renten überführt werden

Begründung

Finanzierungsbeispiel:

Als Übergang wird der AG-Anteil (Staat) schrittweise auf den vollen Satz erhöht, je weniger Pensionszahlungen vom Staat geleistet werden müssen.

Zur Stützung des AG-Anteils werden sofort von den Netto-Pensionen 10% der Leistungen von den aktuellen Empfängern als Solidarbeitrag abgezogen, sofern diese z.B. mindestens 1500€ betragen.

Nutzen:

1. Die Renten werden im Durchschnitt höher und so können z.B. von höheren Diäten auch indirekt das Volk profitieren und Staatsbedienstete werden eher als Teil der Solidargemeinschaft wahrgenommen.

2. Langfristig bessere Planbarkeit von Staatsausgaben für Ruhegelder der Bediensteten und hilft damit staatliche Schulden zu bremsen oder sogar abzubauen.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Familie und Soziales

W14

Gemeinnütziges Grundeinkommen (GGE) als ein sozialpolitisches Ergänzungsmodell

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich für die Einführung des sogenannten Gemeinnützigen Grundeinkommen ein.

Begründung

Das gemeinnützige Grundeinkommen stellt ein existenzsicherndes Einkommen für jene dar, die bereit sind der Gesellschaft etwas zurück zu geben. Dabei liegt es allein in ihren Händen in welcher Richtung sie sich engagieren wollen. Es stellt eine Grundlage zur Sicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe dar, ohne dass eine sozial administrative Bedürftigkeitsprüfung erfolgt, es wird aber im Gegensatz zum BGE eine Bereitschaft zur gemeinnützigen Arbeit gefordert.

Die Höhe der gemeinnützigen Arbeit wird mit mindestens der halben durchschnittlichen Wochenarbeitszeit festgelegt.

Das gemeinnützige Grundeinkommen ist eine Form des [Bürgergeldes] (Grundeinkommens). Wer mit dem gemeinnützigen Grundeinkommen über mehr Geld verfügen möchte, könnte sich dies immer noch (z. B. durch [Erwerbsarbeit]) verdienen – es bestünde nur keine existenzielle Notwendigkeit mehr zur gewerbsmäßigen Erwerbsarbeit.

Der Bürger verliert seine Berechtigung auf das GGE, wenn er mehr als

die halbe Zeit der durchschnittlichen Arbeitszeit mit nicht gemeinnütziger Arbeit verbringt. Er kann also sein Einkommen mit dem GGE verdoppeln aber seine bezahlte Gesamtarbeitszeit nicht mehr als verdoppeln.

Die Finanzierung des gemeinnützigen Grundeinkommens geschieht über die Einführung eines neuen Arbeitszeitgesetzes bzw. Arbeitszeitregelungsgesetzes und der de facto Abschaffung der Arbeitslosigkeit.

Durch die schrittweise Abschaffung der Arbeitslosigkeit und der Einsparungen bei den Sozialausgaben kann das gemeinnützige Grundeinkommen ebenfalls schrittweise eingeführt werden, dabei werden die zugelassenen Beschäftigungsfelder allmählich ausgeweitet. Angefangen von klassischen gemeinnützigen Tätigkeiten im Sozialbereich und im Sport. Bis hin zu freier Kunst(CC) und freier Software (Open Source Software).

Es muss keine neue Besteuerung des Konsums oder Besteuerung des Einkommens eingeführt werden. Es ist somit auch als Alleingang im internationalen Umfeld möglich ohne Wettbewerbsnachteile als Standort befürchten zu müssen.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

Familie und Soziales

W15

Neue soziale Ordnung! Jeder trägt Verantwortung. Arbeitslosigkeit muss nicht sein.

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass die Arbeitszeit unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes festgelegt wird.

Begründung

Neue soziale Ordnung!

Nicht der Staat allein ist für den sozialen Ausgleich verantwortlich! Soziale Schieflagen bekämpft man nicht durch die Erhöhung von Kindergeld oder ähnlichem.

Jeder trägt Verantwortung!

Jeder Mensch hat alle Menschenrechte zu achten! Auch den Paragraph 23: Das Recht auf Arbeit. Jeder kann das auch im Moment der Arbeitszeitfestlegung!

Arbeitslosigkeit muss nicht sein!

Es gibt genug Arbeit in Deutschland, sie ist nur ungerecht verteilt.

Die einen „rackern sich kaputt“, die anderen werden nicht in Beschäftigung gelassen.

Die Lösung:

Arbeitszeit ist immer nur unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes festzulegen!

Dadurch werden die Arbeitnehmer gestärkt. Einkommen werden langfristig steigen. Sozialausgaben des Staates sinken. Die soziale Sicherheit steigt. Die Binnennachfrage steigt. Innovationen kommen der Allgemeinheit zu Gute.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Gesundheit



CC by NetDoctor.de

Gesundheit

Solidarischer Umbau des Gesundheitssystems

B06

Die Piratenpartei fordert den solidarischen Umbau des Gesundheitssystems. Die privaten Krankenversicherungen werden in gesetzliche Krankenkassen umgewandelt.

Jeder Bürger ist verpflichtet gesetzlich krankenversichert zu sein. Private Zusatzversicherungen für z.B. Einzelzimmer oder Chefarztbehandlung sind weiterhin möglich.

Begründung

Die neuesten Pläne der Bundesregierung zeigen, dass völlig ideenlos nur an der Beitragsschraube der gesetzlich Versicherten gedreht wird. Dabei wird von denen gedreht, die in der Regel gar nicht betroffen sind: ein Drittel der Abgeordneten sind Beamte und damit nicht in der gesetzlichen Krankenkasse – der Rest verdient auch mehr als die Beitragsbemessungsgrenze und dürfte auch oft in der privaten Krankenversicherung sein.

Es ist in keiner Weise einzusehen, warum es für eine Oberschicht aus Beamten und Besserverdienenden ein getrenntes Krankenversicherungssystem gibt und gerade diese Bevölke-

rungsgruppe aus der Verantwortung für die Allgemeinheit entlassen wird.

Die Piratenpartei fordert die Vereinheitlichung des Krankenkassensystems, damit wirkliche Solidarität herrscht. Der Beitrag richtet sich nach dem Einkommen des Versicherten, wobei alle Einkommensarten für die Berechnung der Beitragshöhe herangezogen werden. Bei abhängig Beschäftigten werden die lohnabhängigen Beitragsanteile zu gleichen Teilen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber entrichtet. Dies gilt auch für staatlich Bedienstete. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Gesundheit

Patente auf Medikamente

Die Piratenpartei lehnt die Patentierung von Medikamenten ab. Die Forschung und Entwicklung von Medikamenten ist hauptsächlich staatlich zu finanzieren.

B07

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Gesundheit

Einführung von Risiko-Zusatz-Versicherungen für die gesetzliche Krankenversicherung

Die Piratenpartei fordert eine Zusatzkrankenversicherung für Risiko-Patienten, wie z.B. Raucher, Übergewichtige oder auch Extremsportler.

Begründung

Risikopatienten sollen verpflichtet werden, eine private Risiko-Zusatz-Versicherung für die gesetzliche Krankenversicherung abzuschließen. Risikopatienten werden durch eine Kommission definiert. Beispiele für Risikopatienten: Übergewichtige,

Raucher, Ski und Snowboarder, Taucher, sonstige Extremsportler wie Bungee Jumper, etc. Vor einem Urlaub kann diese Zusatzversicherung bereits mit der Reise verkauft werden. Ziel: Basis-Gesundheitsschutz der GKV.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Gesundheit

B12

Erweiterte Widerspruchsregelung

Einführung der sogenannten "erweiterten Widerspruchsregelung" zur Organspende.

Hat der Verstorbene einer Organentnahme zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen, z.B. in einem Wi-

derspruchsregister, so können Organe zur Transplantation entnommen werden. Angehörige können auch nachträglich der Organentnahme widersprechen, wenn dies der Wunsch des Verstorbenen war.

Begründung

In Deutschland gilt nach dem Transplantationsgesetz von 1997 die sogenannte erweiterte Zustimmungslösung.

Der Verstorbene muss zu Lebzeiten, z.B. per Organspenderausweis, einer Organentnahme zugestimmt haben. Liegt keine Zustimmung vor, so können Angehörige auch nachträglich der Organentnahme zustimmen, wenn dies der Wunsch des Verstorbenen war.

Im Jahr 2007 gab es laut Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) in Deutschland 1.313 Organspender. 2009 waren es laut

Eurotransplant sogar nur 1.196, zur gleichen Zeit gab es hingegen mehr als 12.000 Patienten die auf ein lebensrettendes Spendeorgan warteten.

Laut einer Studie von TNS Healthcare für die BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) sind in Deutschland 67% grundsätzlich bereit Organe/Gewebe zu spenden, einen Organspenderausweis besitzen allerdings nur 17%. Eine Einführung der sogenannten Widerspruchsregelung kann die Zahl der Organspenden steigern.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

Finanzen



CC by matzwe_ott

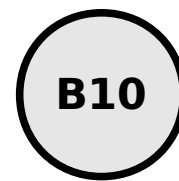
Finanzen

Erhöhung der Branntweinsteuer

Die Branntweinsteuer soll erhöht werden

Hinweise und Begründung

Damit soll der Droge Alkohol und der Alkoholsucht begegnet werden. Durch höhere Preise für Bier, Wein und andere Alkoholika werden weniger Kranke das Gesundheitssystem belasten und bei den Jugendlichen die Saufpartien weniger werden.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Finanzen

Überarbeitung der Mehrwertsteuer

Der Gesetzgeber soll den ermäßigten Steuersatz von 7% nur noch für Lebensmittel anwenden. Der Rest 19%.

B11

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Finanzen

Öffentlich Private Partnerschaften ablehnen

Die Piraten Niedersachsen lehnen Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP, auch bekannt als Public Private Partnerships, PPP) grundsätzlich ab.

G04

Begründung

Diese lassen sich mit unserem Demokratieverständnis nicht vereinbaren.

- Verträge, die Bund, Länder und Kommunen mit Privatunternehmen schließen, müssen für die Volksvertreter, aber auch die sie wählenden Bürger, kontrollierbar sein. Geheimverträge müssen deshalb, wenn möglich, vermieden werden. Der Schutz des Geschäftsgeheimnisses eines Privatunternehmens darf nicht über der staatlichen Pflicht zum transparenten Handeln stehen.
- Es ist verlockend, statt einer einmaligen Investition auf ein Leasingmodell zu setzen, bei dem der aktuelle Haushalt

dank der deutlich kleineren sofort fälligen Summe nicht blockiert wird. Jedoch werden dadurch zukünftige Haushalte auf Jahrzehnte belastet, es kommt zu einer versteckten Verschuldung, die nicht in der Bilanz auftaucht. Die Piraten Niedersachsen setzen sich für verantwortungsvolles wirtschaftliches Handeln ein, und lehnen dieses Modell daher strikt ab.

Die Aufrechterhaltung einer grundlegenden Infrastruktur für Bildung, Gesundheit, Energieversorgung, Transport usw. ist Aufgabe des Staates. Eine weitere Privatisierung in diesen Bereichen sehen die Piraten Niedersachsen deshalb allgemein sehr kritisch.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

Finanzen

Dezentralisierung

Im Sinne der Subsidiaritätsforderung der Europäischen Union (alles solle in der unterst möglichen gesellschaftlichen/politischen Gliederung entschieden werden) setzt sich die Piratenpartei für eine konsequente Dezentralisierung und damit Stärkung der Kommunen und Länderebene ein.

G05

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Finanzen

Kommunale Insolvenz

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich für die Einführung eines geordneten Insolvenzverfahrens für Kommunen ein.

Begründung

Fakten: Laut dem Bund der Steuerzahler beträgt die Schuldenlast der niedersächsischen Kommunen Ende 2006 über 18 Mrd. Euro. Dem gegenüber stehen Steuereinnahmen von 5,58 Mrd. Euro in 2006. Das bedeutet zum einen, dass wir fast viermal soviel Schulden wie Einnahmen haben. Zum anderen müssen bei einer angenommenen Verzinsung dieser Schulden mit 3,5% nominal im Jahr 810 Mio. Euro alleine an Schuldendienst aufgebracht werden, das entspricht ca. 15% der Einnahmen. Wenn die Zinsen auf 5,5% steigen, sind schon über 21% des Haushaltes alleine für die Zinsen und eine 1%-Tilgung aufzubringen. Und, das sind Zahlen von 2006 (Quellen: <http://bit.ly/9j3RMb>). Da die meisten Kredite über 10 Jahre als Kommunalobligationen ausgegeben worden sind, müsste eigentlich mit einer 9,91% Tilgung gerechnet werden, was den Anteil am Haushalt auf 41-44% steigen lassen würde.

Dazu kommen die sogenannten Kassenkredite, die zur Zwischenfinanzierung der laufenden Ausgaben dienen und nicht im Haushalt aufgeführt werden. Diese dürfen lt. NGO nur ca. 18% der Einnahmen betragen, liegen aber tatsächlich wesentlich höher. Hier ist mit höheren Zinsen zu rechnen und viele Kommunen scheinen inzwischen nur noch von diesen Kassenkrediten zu leben. (<http://www.fw-niedersachsen.de/node/159>).

Diese Kredite kommen also noch zu der eigentlichen Verschuldung hinzu.

Bei wem haben die Kommunen die Schulden? Die größten Gläubiger des Staates sind natürlich die nationalen und internationalen Banken. Diese bauen die Schuldverschreibungen in ihre Finanzprodukte ein und verdienen einmal durch den Ausgabeaufschlag von bis zu 5% und dem Zinsdifferential. Letztendlich bezahlen wir also mindestens jeden fünften Euro, den wir an Steuern zahlen direkt an die Großbanken und die Anleger.

Wege aus der Falle Normalerweise hat ein Staat mehrere Optionen aus der Schuldenfalle zu entkommen:- Durchführung einer Währungsreform bei gleichzeitiger starker Abwertung der Schulden. Das ist z.B. der Weg, den Deutschland in den 20er Jahren mit der Einführung der Rentenmark genommen hat. Das funktioniert aber nur dann, wenn zumindest ein Rest an Vertrauen in die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft gegeben ist.

- Akzeptanz einer starken Inflation, die automatisch die Schulden "auffrisst". Das ist der süd-europäische Weg, den Italien, Griechenland und Spanien jahrzehntelang gegangen sind. Auch die USA drucken gerne

W16

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion

W16

frisches Geld um so die
Schulden zu bedienen.

Diese Wege sind den nationalen Regierungen durch die Einführung des Euro genommen und waren aufgrund der Unabhängigkeit der Bundesbank auch vorher für Deutschland keine Option. Eine Kommune in Niedersachsen hat diese Optionen, so oder so, nicht.

Standpunkt der Piratenpartei Niedersachsen: Es ist abzusehen, dass die meisten niedersächsischen Kommunen ihre Schulden aus eigener Kraft nicht mehr werden abbauen können. Hinzu kommt, dass durch den Gesetzgeber in den letzten Jahren immer mehr Belastungen auf die Kommunen abgewälzt worden sind, Steuereinnahmen durch die Landesregierung den Kommunen entzogen wurden und auch der Bund und das Land nicht in der Lage sind hier mittelfristige Abhilfe zu schaffen. Fakt ist zum einen, dass aufgrund der nicht vorhandenen Steuergerechtigkeit Einnahmen in erheblichem Umfang nicht realisiert werden können, zum anderen auch diese Einnahmen nicht zur Entschuldung führen würden. Die niedersächsischen Kommunen haben kein Einnahmen oder Ausgabenproblem, die niedersächsischen Gemeinden haben ein Schuldenproblem. Es ist wohl inzwischen allen klar, dass der derzeitige Weg nur noch eine begrenzte Zeit durchführbar ist, wir werden in den nächsten 20 Jahren an den Punkt kommen, wo der komplette Haushalt zu Deckung der Personal- und Pensionskosten sowie der Schuldentilgung dient. Manche früher, manche später aber ganz sicher alle. Zum anderen muss eine Kommune auch gewissen Verpflichtungen nachkommen, weil das ja der eigentliche Deal ist, der Bürger zahlt Steuern und der Staat bietet im Gegenzug Infrastruktur und Dienstleistungen an. Im Prinzip den

Steuern die Rechtfertigung entzogen, wenn z.B. keine Schulen mehr angeboten werden können, weil kein Geld mehr zur Verfügung steht. Es muss also darum gehen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder herzustellen. Hier setzen die Piraten an. Die Lösung kann unseres Erachtens nach nur durch einen konsequenten Schnitt auf der Gläubigerseite geschehen. Es ist in Verhandlungen über die Abfindung der Gläubiger einzusteigen. Dieses könnte z.B. in einem 5% Sofortabschlag auf die ausstehende Summe und anschließend 10 oder 20 Jahre eine zinsfreie 0,5% Tilgung auf die Schuldverschreibungen. Dieses würde im ersten Jahr eine Belastung von ca. 17% des Haushaltes und in den folgenden Jahren eine Belastung von unter 2% bedeuten. Diese so gewonnenen finanziellen Mittel könnten und müssten zu einem sofortigen Ausgleich des Haushaltes führen. Eine weitere Schuldenaufnahme ist aus naheliegenden Gründen gar nicht möglich und müsste durch die NGO und die Kommunal-Aufsicht des Landes Niedersachsen auch unterbunden werden.

Was hätte das für Auswirkungen auf die Wirtschaft? Durch die wiedergewonnene Handlungsfähigkeit der Kommunen würden gerade das Handwerk und der Mittelstand in Region davon profitieren. Durch einen sanierten Haushalt könnten viele bisher aufgeschobene Investitionen durchgeführt werden. Natürlich würden die Banken und Anleger laut aufschreien, aber gehört denn nicht das Risiko des Ausfalles einer Anleihe zum Geschäft nun mal dazu? Sichere Geldanlagen gibt es nicht, die Zinsen sind ja auch immer der Ausgleich für das Risiko. Die Banken und Anleger könnten ihre Verluste steuerlich geltend machen und würden so

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Programmparteitag 2010 • 28./29.08.2010 • Wolfenbüttel



einen geringen Ausgleich bekommen. Steuerausfall eher gering ausfallen.
Da sowieso alle Banken bemüht sind,
ihre Steuerschuld möglichst gering zu
rechnen, würde der zu erwartende



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine
Diskussion

Finanzen

Finanzverteilung

Die Piratenpartei Niedersachsen fordert die prinzipielle Steuerhoheit der Kommunen im Sinne des Subsidiaritätsgebotes der EU. Für übergeordnete Aufgaben werden Steuereinnahmen an die Länder- und Bundesebene

weitergegeben. Der Verteilungsschlüssel wird auf bestimmte Zeit zwischen Kommunen, Land und Bund (Föderalismusabkommen) vereinbart und ist in Gänze ggf. von beiden Seiten kündbar.

Begründung

Der derzeitige Verteilungsschlüssel bewirkt eine zunehmende Verarmung der Kommunen, weil die Aufgaben des Bundes bzw. Landes immer Vorrang vor den Aufgaben der Kommune bekommt.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Wirtschaft



CC by 96dpi

Wirtschaft

B13

Abbau von bürokratischen Hürden

Die Piratenpartei Nie setzt sich für den Abbau von völlig unnötigen Rechtsvorschriften im wirtschaftlichen Bereichen ein. So ist die EU-Antiterrorverordnung ([EG-Verordnung Nr. 2580/2001](#) sowie [2580/2001](#)) sofort aufzuheben, bzw. auszusetzen

Begründung

Gerade das Beispiel der o.a. Verordnungen zeigt, wie mit blanken Aktionismus probiert wird, ein Gefühl von Sicherheit zu schaffen. Im Rahmen der o.a. Verordnungen werden regelmäßig Listen mit des Terrors verdächtigen Personen veröffentlicht, mit denen ein Austausch von Waren und Finanzen nicht zulässig ist. Der Hauptkritikpunkt gegen diese Art des öffentlichen Prangers ist, dass es keine Stelle gibt, bei der es möglich wäre ein Rechtsmittel gegen die Aufnahme in diese Liste einzulegen (<http://diepresse.com/home/recht/rec htallgemein/356190/index.do>). Des weiteren werden dort die verdächtigen Personen mit vollen Namen, Geburtsdatum, Anschrift tw. Telefonnummer und Passportnummer

aufgeführt. Hier ist nun zwingend die Frage zu stellen, warum diese Personen nicht verhaftet werden bzw. wenn es keinen Anlass gibt sie zu verhaften, warum denn dann kein Handel statthaft ist.

Ohne auf die Fragen einzugehen werden trotzdem alle in Deutschland ansässigen Firmen verpflichtet ihre Geschäftspartner regelmäßig gegen die genannten Listen zu prüfen und ggfs. auftretende Treffer den Behörden zu melden. Durch diese sinnlose und gefährliche Verordnung werden jedes Jahr in Deutschland Ressourcen Millionenhöhe vergeudet, ohne dass hier volkswirtschaftlicher Nutzen vorliegen würde.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Arbeit



CC by Baerchen57

Arbeit

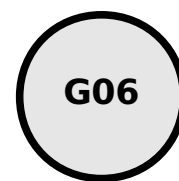
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Piraten mögen in ihr Grundsatzprogramm aufnehmen, dass unabhängig vom Geschlecht des Mitarbeiters gleiche Tarifbedingungen gelten.

Begründung

Im 21. Jhd. ist es eine Schande, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit ungleich bezahlt werden.

Mehr Begründung bedarf es nicht, oder?



☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Verkehr



CC by tellmewhat2

Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

W18

Bäume an Bundes- und Landstraßen

Die Piratenpartei Niedersachsen möge als Forderung beschließen, dass beim Neubau von Straßen entweder auf Bäume verzichtet wird oder diese durch eine Leitplanke oder eine mindestens 2 Meter breite Hecke von der Straße getrennt werden. Ebenso sollen an bestehenden Straßen mit vielen tödlichen Baumunfällen

bei der nächsten Fahrbahnerneuerung Leitplanken nachgerüstet werden. Die Leitplanken sind mit einem Unterrutschschutz für Motorradfahrer auszurüsten. Das Nachpflanzen von Bäumen an Straßen ohne entsprechenden Schutz ist zu untersagen.

Begründung

Unser aller Leben wird durch das Anpflanzen von Bäumen an Straßenrändern völlig sinnlos in Gefahr gebracht. Ein Reifenplatzer oder ein panisches Reh reichen schon. Jeder 5. Verkehrstote stirbt an einem Baum

Weder ökologisch noch landschaftstechnisch lässt sich rechtfertigen, dass jedes Jahr hunderte (!!!) von Menschen allein in Deutschland an Bäumen umkommen. Der CO₂-Abbau der Bäume steht in keinem Verhältnis zu ihrem Gefährdungspotential. Würde man in allen Autos den Seitenaufprallschutz weglassen würden dadurch weniger Menschen sterben, und die CO₂ Ersparnis bei Produktion und Betrieb wäre größer.

Es sind nicht nur Wahnsinnige die

"selbst schuld" sind. Es trifft auch Fahrenfänger die Tieren ausweichen, Menschen die unverschuldet in einen Unfall verwickelt werden oder einen technischen Defekt zum Opfer fallen. Eine unfreiwillige Fahrt aufs Feld, sogar ein mehrfacher Überschlag sind dabei eher harmlos verglichen mit dem autozerschneidenden Aufprall an einem Baum. Daher können hier leicht viele Tote vermieden werden.

<http://www.nwzonline.de/Aktuelles/Politik/Niedersachsen/NWZ/Artikel/2383729/156+Verkehrstote+durch+B%E4ume.html>

http://www.focus.de/auto/news/statistik-viele-verkehrstote-durch-baumunfaelle_aid_463751.html

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Energie & Umwelt



CC by Fabian Bromann

Energie und Umwelt

Versorgungssicherheit

Die Piraten Niedersachsen setzen sich für eine sichere und dezentrale Energieversorgung ein.

Begründung

Ein wesentlicher Aspekt der Versorgungssicherheit ist die Dezentralisierung der Energiegewinnung und -verteilung. Kleinteilige Strukturen schaffen mehr Sicherheit als große zentralisierte Einheiten. Dabei sind die Netze so auszubauen, dass eine sinnvolle Nutzung von regenerativen Energien ermöglicht wird. Zugleich werden dadurch die Betriebs- und Ausfallrisiken geringer. Die Energie-

wirtschaft soll so organisiert werden, dass Beschaffung, Erzeugung und Verteilung möglichst getrennt und transparent erfolgen und so auch die Preisgestaltung öffentlich nachvollziehbar bleibt. Dies soll durch unterschiedliche Strukturen und fairen Wettbewerb nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht erreicht werden.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Energie und Umwelt

Nachhaltigkeit

Die Piraten Niedersachsen setzen sich für eine von Nachhaltigkeit geprägte Energieversorgung ein.

Begründung

Die aktuelle energiepolitische Ausrichtung ist geprägt von Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen, die wirtschaftliche Aspekte über Nachhaltigkeit, Transparenz und Umweltverträglichkeit stellen.

Insbesondere die Reduzierung des Energieverbrauchs gehört gegenwärtig weder zu den wesentlichen unternehmerischen noch zu den vorherr-

schen politischen Zielen.

Eine für alle Bürger bezahlbare, nachhaltige Energieversorgung muss dauerhaft verfügbar sein. Alle energiepolitischen Maßnahmen müssen dies auch im Hinblick auf zukünftige Generationen gewährleisten.



- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Umwelt und Energie

Umstellung der Energieerzeugung auf Nachhaltigkeit für Mensch und Umwelt.

G09

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich für eine nachhaltige und sichere Versorgung der Menschen mit Energie und Verantwortung für die nächste Generationen ein.

Begründung

1. Nachhaltigkeit

Die aktuelle energiepolitische Ausrichtung ist geprägt von Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen, die wirtschaftliche Aspekte über Nachhaltigkeit, Transparenz und Umweltverträglichkeit stellen. Insbesondere die Reduzierung des Energieverbrauchs gehört gegenwärtig weder zu den wesentlichen unternehmerischen noch zu den vorherrschenden politischen Zielen. Von der dauerhaften Verfügbarkeit einer bezahlbaren Energieversorgung hängt aber unser aller Wohlstand wesentlich ab. Demzufolge müssen sich an diesem Ziel alle energiepolitischen Maßnahmen messen und daraus ableiten lassen. Jede Form der Energieerzeugung und -verteilung muss nachhaltig gestaltet werden, da die Ressourcen endlich und deren Verbrauch terminiert ist. Unser Ziel ist, dass innerhalb einer Generation mehr als die Hälfte des Energiebedarfs aus regenerativen Ressourcen gedeckt wird. Dies muss sowohl umweltschonend als auch gesellschaftlich verträglich erfolgen. Einen wesentlichen Beitrag leisten dabei auch die Vermeidung und Reduzierung von Verbräuchen, gepaart mit Effizienzgewinnen.

Getragen von den Grundsätzen Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürger-

nähe gibt sich die Piratenpartei Deutschland folgende energiepolitische Leitlinien.

2. Versorgungssicherheit

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen nationalen Energieplan ein, der die Ziele der Nachhaltigkeit, Effizienz und Versorgungssicherheit unter den Aspekten der Umweltverträglichkeit und gesellschaftlichen Akzeptanz verfolgt. Dieser Energieplan muss mit allen Beteiligten abgestimmt werden, wobei aber nicht rein wirtschaftlichen Interessen Priorität bei der Festlegung der Regeln eingeräumt werden soll. Dieser Energieplan muss mit allen Beteiligten abgestimmt werden, wobei aber nicht rein wirtschaftlichen Interessen Priorität bei der Festlegung der Regeln eingeräumt werden soll.

Ein wesentlicher Aspekt der Versorgungssicherheit ist die Dezentralisierung der Energiegewinnung und -verteilung. Kleinteilige Strukturen schaffen mehr Sicherheit, als große, zentralisierte Einheiten. Zugleich sind die Betriebs- und Ausfallrisiken geringer. Die Energiewirtschaft soll so organisiert werden, dass Beschaffung, Erzeugung und Verteilung möglichst diversifiziert und transparent

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

erfolgen und auch die Preisgestaltung öffentlich nachvollziehbar vorgenommen wird.

Dies wird durch heterogene Strukturen und fairen Wettbewerb nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht erreicht. Die Betonung der Dezentralisierung schließt jedoch grenzüberschreitende Großprojekte – beispielsweise internationale Verbünde von Windkraftanlagen und Verteilungsnetzen, Desertec und ITER – nicht aus. Diese müssen jedoch vor allem auf Kooperation und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und weniger auf Gewinnmaximierung und Bildung von Infrastrukturmonopolen.

3. Netzausbau und Neutralität der Netzbetreiber

Im Sinne der Versorgungssicherheit und zur Vermeidung einer Konzentration auf wenige Anbieter sollen insbesondere Strom-, Gas- und Wärmenetze durch die öffentliche Hand reguliert werden, beispielsweise durch einen genossenschaftlichen Ansatz. Unsere Politik wird gewährleisten, dass die Netzinfrastruktur den Systemwandel in der Energiewirtschaft unterstützt. Dies muss durch Gesetzesinitiativen im Rahmen des nationalen Energieplanes sichergestellt werden.

4. Energiegewinnung aus regenerativen Ressourcen

Die Piratenpartei Deutschland steht für eine langfristig sichere Energieversorgung. Daher soll die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen und Atomkraft mittel- und langfristig durch nachhaltig verfügbare und umweltschonende Ressourcen ersetzt werden, wozu auch der adäquate Ausbau der Verteilungsnetze gehört. Dies

wird ökologisch und ökonomisch durch wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse und wahrscheinliche Szenarios begründet. In Frage kommen generative, also praktisch unbegrenzt verfügbare Ressourcen wie Wind, Sonne, Wasser, Gezeiten und Geothermie sowie Biomasse als regenerative Energiequelle. Wir wollen erreichen, dass durch (re-)generative Ressourcen sowohl am Strom- als auch am Wärme- und Treibstoffmarkt mehr als die Hälfte des Energiebedarfs in Deutschland innerhalb einer Generation (ca. 30 Jahre) gedeckt werden können. Langfristig soll dieser Beitrag weiter erhöht werden. Uns ist dabei bewusst, dass auch die Umstellung auf erneuerbare Energien Risiken birgt. Beispiele sind Gefährdungen bei exzessiver Nutzung von Wasserkraft und Geothermie, aber auch die Gewinnung von Biomasse in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Deswegen sind umweltverträgliche Verfahren zu bevorzugen, welche die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen und Naturgebieten minimieren.

5. Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Stromerzeugung durch Kernspaltung in Atomkraftwerken mittelfristig unter Einhaltung des Atomausstiegsvertrags zu beenden. Anlagen für medizinische und wissenschaftliche Anwendungen sind davon nicht betroffen. Wir begründen dies mit den Risiken bei Uranbergbau, Transport, Anreicherung, Wiederaufbereitung und insbesondere Endlagerung. Dazu kommen die Gefährdung durch Katastrophen und Anschläge sowie die potentielle Möglichkeit des Baus von Kernwaffen, die wir strikt ablehnen. Dies bedeutet, dass in



- | | |
|-----------------------|------------------|
| ☐ | Zustimmung |
| ☐ | Enthaltung |
| ☐ | Ablehnung |
| ☐ | Diskussion |
| ☐ | keine Diskussion |

G09

Deutschland keine weiteren Atomkraftwerke gebaut werden und dass Laufzeitverlängerungen über den vereinbarten Termin Anfang der 2020er Jahre hinaus ausgeschlossen sind. Unabhängig davon ist die offene Frage der Endlagerung zu lösen, wobei die Betreiber von Atomkraftwerken stärker als bisher eingebunden werden müssen. Gegen Atomkraftwerke spricht ferner, dass diese aus wirtschaftlichen und technischen Gründen vor allem für die Grundlastversorgung geeignete Großkraftwerke sind. Dies widerspricht den favorisierten, dezentralen Lösungen mit kleineren Einheiten.

Ein weiterer gewichtiger Grund für den Atomausstieg ist, dass der erhebliche Investitionsbedarf beim Ausbau der regenerativen Energiegewinnung eine parallele Fortführung der ebenfalls hoch investiven Atomwirtschaft nicht zulässt. Auch dieser rein ökonomische Grund spricht gegen Atomkraftwerke und für erneuerbare Energien. Um eine Stromlücke zu vermeiden, ist zugleich mit der verstärkten Nutzung regenerativer Energiequellen eine Intensivierung der Maßnahmen zur Energieeinsparung erforderlich.

6. Förderprogramme

Der Umstieg auf regenerative Energi-

en soll durch Förderprogramme vorangetrieben werden. Damit verbundene Zuschüsse, Einspeisevergütungen, Prämien und Steuervorteile müssen ökologisch und ökonomisch sinnvoll, sozial ausgewogen sowie unmittelbar für die Schonung von Ressourcen wirksam sein. Wichtig sind dabei die Förderung von Einsparmaßnahmen, von dezentralen Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme, die Förderung von Wärmedämmungsmaßnahmen sowie kostenlose Ange-

Förderzwecke konsequent zurückgefahren werden. Speziell für die Photovoltaik ist eine maßvolle Reduzierung der umlagefinanzierten Einspeisevergütung für Solarparks mit hohem Landschaftsverbrauch angebracht Grundsätzlich hat die steuerfinanzierte Förderung von Investitionsausgaben Vorrang.

Ergebnisse aus staatlich finanzierten Programmen müssen der Öffentlichkeit allgemein zugänglich gemacht werden.

Einen besonderen Schwerpunkt der Förderung sehen wir in der Verbesserung der Energieeffizienz und Verbrauchsvermeidung. Eine nachhaltige Reduktion des Energieverbrauchs schafft Spielräume für die schnellere Anpassung an die Herausforderungen einer auf erneuerbaren Energien beruhenden Gesellschafts- und Wirtschaftsform.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Energie und Umwelt

Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke

G10

Die Piraten Niedersachsen fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie.

Begründung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Stromerzeugung durch Kernspaltung in Atomkraftwerken kurz und mittelfristig zu beenden. Anlagen für medizinische und wissenschaftliche Anwendungen sind davon nicht betroffen. Wir begründen dies mit den Risiken und Problemen beim Uranbergbau, Transport, Anreicherung, Wiederaufbereitung und insbesondere der **Endlagerung**. Dazu kommen die Gefährdung durch Katastrophen und Anschläge sowie die potentielle Möglichkeit des Baus von Kernwaffen. Dies bedeutet, dass in Deutschland keine weiteren Atomkraftwerke gebaut werden und dass Laufzeitverlängerungen für aktuelle ausgeschlossen sind. Unabhängig davon ist die Frage der Endlagerung ergebnisoffen in ganz Deutschland zu lösen, wobei die Betreiber von Atomkraftwerken stärker als bisher auch finanziell eingebunden werden müssen. Auch hier soll das Verursacher-

prinzip gelten. Gegen Atomkraftwerke spricht ferner, dass diese aus wirtschaftlichen und technischen Gründen vor allem für die Grundlastversorgung geeignete Großkraftwerke sind. Dies widerspricht den favorisierten, dezentralen Lösungen mit kleineren Einheiten.

Ein weiterer gewichtiger Grund für den Atomausstieg ist, dass der erhebliche Investitionsbedarf beim Ausbau der regenerativen Energiegewinnung eine parallele Fortführung der ebenfalls teuren und hoch subventionierten Atomwirtschaft nicht zulässt. Auch dieser rein ökonomische Grund spricht gegen Atomkraftwerke und für erneuerbare Energien. Um eine Stromlücke zu vermeiden, ist zugleich mit der verstärkten Nutzung regenerativer Energiequellen eine Intensivierung der Maßnahmen zur Energieeinsparung erforderlich.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Energie und Umwelt

W25

Wende in der Energiepolitik

Die Piratenpartei Deutschland ist für die Förderung regenerativer Energieerzeugung und steht für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Die Piratenpartei Niedersachsen fordert das konsequente Festhalten an dem Umstieg auf generative und regenerative Energieträger zur Energiegewinnung. Als optimales Ziel soll bis zum Jahr 2030 100% des Strombedarfs in Niedersachsen durch diese

Energieträger gedeckt werden. Das minimale Ziel ist das Erreichen der 100%-Marke bis zum Jahr 2040.

Die Piratenpartei Niedersachsen möchte Gemeinden in Niedersachsen ermutigen ihren eigenen Energiebedarf zu 100% mit generativen und regenerativen Energiequellen zu decken und diese bei entsprechenden Vorhaben unterstützen.

Begründung

Die Piratenpartei Deutschland hat sich auf dem Parteitag 2008 für die Förderung regenerativer Energieerzeugung und für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen ausgesprochen.

Niedersachsen bietet als an der Küste gelegenes, weitgehend flaches Flächenland besonders gute Voraussetzungen zur Nutzung regenerativer

und generativer Energieträger. Nach Einschätzung des Sachverständigenrates der Bundesregierung ist Bundesweit ein Umstieg zu 100% möglich und erforderlich. Nach anderen Studien könnte ein Umstieg auch schon 2030 oder 2040 vollzogen werden.

Niedersachsen sollte daher mit gutem Beispiel voran gehen.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Energie und Umwelt

W26

Atomausstieg / Sicherheit kerntechnischer Anlagen

Die Piratenpartei Deutschland lehnt die Stromerzeugung durch Kernspaltung ab.

Die Piratenpartei Niedersachsen will als Minimalforderung an dem beschlossenen Atomausstieg festhalten.

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich des weiteren dafür ein, dass nur ausreichend sichere kerntechnische Anlagen eine Betriebserlaubnis erhalten beziehungsweise die Betriebser-

laubnis verlieren, sobald deren Unsicherheit bekannt wird. Unsicheren Anlagen ist die Betriebserlaubnis unmittelbar nach Bekanntwerden der Mängel zu entziehen.

Eine erneute Erteilung einer Betriebserlaubnis soll nur nach den aktuellen Standards möglich sein.

Kerntechnische Anlagen (Kraftwerke, Zwischenlager, etc.) mit mangelhafter Sicherheit müssen nachgerüstet oder aufgelöst werden.

Begründung

Die Piratenpartei Deutschland hat sich auf dem Parteitag 2008 gegen die Stromerzeugung durch Kernspaltung ausgesprochen.

Mehrere Gründe Sprechen für das Festhalten am Ausstieg, beziehungsweise an einem beschleunigten Ausstieg:

Niedersachsen liegt besonders nahe an den besonders unsicheren Reaktoren Schleswig Holsteins. Niedersachsen sollte hier mit gutem Beispiel voran gehen.

Niedersachsen hat ein hervorragendes potential, auf regenerative und Generative Energieträger um zu steigen. Kerntechnische Anlagen behindern einen Umstieg.

Vom beschlossenen Atomausstieg ist in den nächsten Jahren in Niedersachsen lediglich das Kernkraftwerk Unterweser betroffen. Dieses Kraftwerk ging 1978 in Betrieb und soll 2011, eher 2012 stillgelegt werden. Es birgt erhebliche Gefahren, die im Schadensfall zu katastrophalen Ereignissen führen.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Energie und Umwelt

Umgang mit Nuklear-Müll

W27

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Lösung der Endlagerproblematik und den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen ein.

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich für eine bundesweite Suche nach tatsächlich geeigneten Lagerstätten ein.

Die Piratenpartei Niedersachsen lehnt eine weitere Erkundung des Salzstockes in Gorleben ab. Die Piratenpartei Niedersachsen hält die Erkenntnisse die in den letzten 30 Jahren über den Salzstock und die politischen Vorgänge zu dessen Auswahl für ausreichend, um den Salzstock als nicht geeignet und nicht genehmigungsfähig einzustufen.

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass nuklearer Müll grundsätzlich so gelagert wird, dass bei Bedarf eine Rückholung erfolgen kann.

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich für den sofortigen Stopp der Produktion neuen Mülls ein, solange die Entsorgungsfrage nicht geklärt ist.

Begründung

Niedersachsen hat bereits leidliche Erfahrungen durch politisch sicher geredete Endlager auf dem eigenen Territorium sowie in unmittelbarer Nachbarschaft. Das Gefahrenpotential dieser Stoffe ist zu groß. Mit den Stoffen muss umsichtig und vorsich-

tig umgegangen werden. Die Stoffe müssen rückholbar gelagert werden, damit im Falle einer nicht vorhergesehenen oder plötzlich eintretenden Unsicherheit der Lagerstätte das Lager zügig und geordnet geräumt werden kann.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Bau



CC by a.christians

Bau

W19

Abriss des Landtagsgebäudes in Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen: Die Piratenpartei lehnt einen Abriss des Oesterlenschen Plenarsaales auf das entschiedenste ab.

Begründung

Das Gesamtensemble des Niedersächsischen Landtages ist ein Baudenkmal von Rang. Es ist die Verpflichtung des Staates dieses Denkmal unserer Demokratie zu erhalten.

Das niedersächsische Denkmalschutzgesetz lässt einen Abriss des Plenarsaales nur bei zwingenden Gründen zu. Diese liegen nicht vor.

In Zeiten knapper Finanzmittel ist es ein Skandal, dass sich der Landtag nicht auf die Reparatur von Schäden an dem Denkmal beschränkt, sondern einen Neubau einschließlich Tiefgarage für gerade einmal 30 Plenarsitzungstage im Jahr beschlossen hat.

Unsere Demokratie verlangt nach Teilhabe aller an den Plenarsitzungen. Das wird nicht durch eine ande-

re Architektur erreicht, sondern durch die Übertragung der Plenarsitzungen im Internet.

Dieser Flyer wurde entwickelt und fasst unsere Argumente zusammen:

http://wiki.piratenpartei.de/Landesverband_Niedersachsen/AG_Redaktion/Landtagsabriss

weitere Info hier:

<http://buergerbeteiligung-landtag.de/>
der AG Landtagsumbau:

http://wiki.piratenpartei.de/Landesverband_Niedersachsen/Hannover/AG_Landtagsumbau

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Bau

W24

Grenzen für Vorschriften im Bebauungsplan

Im Baurecht soll es feste Grenzen geben, wie stark Bebauungspläne die Gestaltungsfreiheit der Bauherren einschränken dürfen. Neben Sicherheitsaspekten soll es nur wenige zu-

lässige Einschränkungen geben dürfen, wie beispielsweise bestimmte Abstände zu Nachbargrundstücken und eine Obergrenze für die Höhe.

Begründung

Vorgaben der Bebauungspläne erschweren und teilweise verhindern den Bau von Niedrig- und Nullenergiehäusern, insbesondere wenn diese von der traditionellen Bauform abwei-

chen. Auch mögliche Vorschriften wie beispielsweise über die Haus- und Dachfarben sind nicht nachvollziehbar.

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine
Diskussion

Sonstiges



(c) by <http://urs1798.wordpress.com>

Sonstiges

Quo Vadis Europa

Die ursprüngliche Idee Europa war, im Gegensatz zur EWG, die Schaffung und der Ausbau einer gemeinsamen Europäischen Identität.

Zwar gelang es zu einem großen Teil, die Völker Europas zusammenzuführen, jedoch lösten vor allem wirtschaftliche Interessen diese kulturellen und soziologischen Ideale bald ab. Wir sind heute an einem Punkt angekommen, an dem diese wirtschaftliche Orientierung droht, die Völker Europas wieder auseinanderzutreiben. Die Nokia-Krise hat gezeigt, dass die Angst vor Europa wächst, da Unternehmen unter einfacheren Bedingungen ihren Standort innerhalb Europas verlegen dürfen. Die europäischen Parlamente können dort noch nicht gegen halten und die Bürger verlieren aufgrund der gefühlten Ferne dieser Parlamente das Vertrauen in Europa.

Wichtiger als die Erfüllung wirtschaftlicher Kriterien muss bei Neuaufnahme von Staaten in die Europäische Staatengemeinschaft muss die Erfüllung der kulturellen Kriterien

sein. So darf es keine weiteren Neuaufnahmen geben, in denen Grundrechte nicht den Europäischen Standard genügen, die nicht effektiv gegen Unterdrückung und Korruption vorgehen können.

Die Piratenpartei Deutschland sollte dafür stehen, sich auf genau diese Ideale zurück zu besinnen und die kulturelle Entwicklung weiter vorantreiben. Gerade Deutschland als Wirtschaftsmacht muss diese Ideale hoch halten und auf die Umsetzung pochen. Wir Piraten sehen eine Europa für die Menschen, nicht ein wirtschaftliches Europa. Deshalb fordern die Piraten eine Europapolitik die den Menschen und sein Leben in den Vordergrund rückt. Wirtschaftliche Interessen müssen in Europa der Steigerung der Lebensqualität aller Mitglieds- und Bewerberstaaten untergeordnet werden. Europa darf sich nicht weiter zu einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft entwickeln sondern muss das kulturelle Zusammenwachsen der Völker fördern.

B08

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Sonstiges

Präambel

Der Parteitag möge folgenden Text als Präambel in das Grundsatzprogramm aufnehmen

G11

Grundwerte - oder wie wir was und warum wollen

Einleitung

Das Land Niedersachsen hat eine lange Tradition und eine abwechslungsreiche Geschichte. Viele Ereignisse haben dieses Bundesland von seiner Entstehung bis heute geprägt und zu dem werden lassen, was es heute ist: abwechslungsreich, aufgeschlossen und freundlich.

Von der Nordsee mit ihren Inseln und Küstenstreifen über das weite Land mit seinen Feldern, den vielen Ortschaften und größeren Städten bis in den Harz hat Niedersachsen nicht nur geografisch viel zu bieten. Wirtschaftlich stark aufgestellt wird hier eine große Vielfalt an bestehenden und neuen Unternehmenszweigen und Betrieben geboten. Aber insbesondere die Menschen, die hier leben und arbeiten, machen dieses Land besonders lebens- und liebenswert.

Dieses Gesamtbild wollen die Piraten Niedersachsen mit Traditionen erhalten, kulturell und wirtschaftlich fördern, sozial und gemeinschaftlich stärken und für die Zukunft gestalten und leiten.

So haben die niedersächsischen Piraten in ihrem gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit allen Piraten in Deutschland, Europa und der Welt

das große Ziel, die Gesellschaft in allen Lebensbereichen durch das "digitale Zeitalter" zu führen. Wir wollen die Gefahren der technologischen Entwicklung abwehren, aber gleichzeitig die Chancen, die sich mit ihr bieten, nutzen. Dies wollen wir nicht nur in virtuellen Medien, sondern handfest und sichtbar im realen Leben für eine starke solidarische Gemeinschaft.

Die grundsätzlichen Themen der PIRATEN sind

- eine grundlegende Modernisierung des Urheberrechts für das digitale Zeitalter,
- die Wahrung des Rechts auf Privatsphäre und besseren Datenschutz,
- die Ablehnungen von Patenten auf Software sowie Pflanzen und Lebewesen,
- eine gläserne Verwaltung statt eines gläsernen Bürgers,
- OpenAccess - freien Zugang zu den durch öffentliche Mittel finanzierten Werken,
- die Abschaffung von Monopolen auf die Kommunikationsinfrastruktur und die Wahrung der

☐ Zustimmung

☐ Enthaltung

☐ Ablehnung

☐ Diskussion

☐ keine Diskussion



Netzneutralität,

- eine bessere und umfangreichere Bildung für jeden Jungen und Alten, sowie
- mehr Demokratie wagen und die Bürger und Bürgerinnen wieder an der Politik beteiligen.

Diese Punkte werden auch von uns in Niedersachsen gezielt behandelt.

Darüber hinausgehend wollen wir aber speziell die Politik den Bedürfnissen und Erfordernissen des Landes Niedersachsen entsprechend gestalten und prägen. Hierbei wollen wir aber keine alten eingetretenen Wege einschlagen, sondern neue schaffen und ausbauen. Dies erreichen wir mit Herz und Verstand und nicht durch Festhalten an der Macht, Kungeleien und Politspielereien.

Unsere Prinzipien

- Piraten sind frei,
- Piraten handeln nur freiwillig,
- Piraten leben privat,
- Piraten fragen nach,
- Piraten sind erfinderisch,
- Piraten fördern freies Wissen, Bildung & Kultur,
- Piraten sagen was sie denken,

- Piraten sind fair,
- Piraten haben Achtung vor dem Leben,
- Piraten sind friedlich,
- Piraten zeigen Zivilcourage,
- Piraten sind tolerant und gegen Diskriminierung,
- Piraten sind keine Räuber,
- Piraten denken auch an andere,
- Piraten denken, handeln und arbeiten global und
- Piraten zerschlagen Gordische Knoten.

Diese Herangehensweise an das tägliche Leben macht uns unbestechlich und fördert unser Denken. Wobei wir uns nicht als geschlossen Gruppe ansehen, die Macht ausübt, sondern allen Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit bieten, sich bei politischen Entscheidungen einzubringen, zu beteiligen und mitzuwirken. Von dem kleinsten Gemeinderat bis zum Landtag und darüber hinaus wollen wir wieder echte Demokratie und Mitbestimmung im Sinne jedes Bürgers und jeder Bürgerin.

Daher sind die folgenden Punkte keine abschließenden Ziele der Piraten Niedersachsen, sondern der derzeitige Stand unserer Ideen und Visionen für dieses Bundesland.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion

Sonstiges

Präambel

Der Programmparteitag des Landesverbandes Niedersachsen der Piratenpartei Deutschlands möge als Präambel den folgenden Text aufnehmen.

G12

Antragstext

Die Piratenpartei Deutschland Landesverband Niedersachsen tritt für eine freie, gleiche und solidarische gesellschaftliche Entwicklung ein.

Frei bedeutet darauf hinzuarbeiten, dass geringstmöglich Herrschaft durch Menschen über Menschen ausgeübt wird und bedeutet die Ermöglichung von Entwicklung jedes Einzelnen als Bedingung der Entwicklung aller. Jede Art Herrschaft ist eine gesellschaftliche Delegation, die jederzeit aufgehoben / zurückgezogen werden kann.

Gleich bedeutet, dass es nur Menschen gibt und keine Unterschiede

bestehen aufgrund von Zugehörigkeit, Überzeugung, wirtschaftlicher oder sozialer Grundlage.

Solidarisch bedeutet, dass die Gesellschaft dafür einzustehen hat, dass Menschen Lebensgrundlagen haben, die ihnen eine freie persönliche, körperliche, politische und kulturelle Entwicklung ermöglichen. Weder derzeit noch zukünftig darf das Risiko bestehen, dass diese Lebensgrundlagen für die Menschen dieser und anderer Gesellschaften gefährdet werden.

- ☐ Zustimmung
- ☐ Enthaltung
- ☐ Ablehnung

- ☐ Diskussion
- ☐ keine Diskussion